

Widerspruch und abweichendes Verhalten in der SED

1. Die hauptsächlichen Fragestellungen
2. Der Umfang widerständigen Handelns in der SED und die Grenzen der Möglichkeiten seiner Beschreibung
3. Die Randbedingungen der Analyse
4. Die „Logik des innerparteilichen Terrors“ während der Transformation der SED in eine „Partei neuen Typs“
5. Innerparteiliche Repression in der poststalinistischen Übergangsperiode
6. Parteidisziplinarische Normalität unter Ulbricht
7. Anpassung und Widerstand im „real existierenden Sozialismus“ der siebziger Jahre
8. Das Versagen der SED-Reformer in den achtziger Jahren
9. Resümee
10. Anhang: Einige quantitative Aspekte von innerparteilicher Disziplinierung in den siebziger und achtziger Jahren

1. *Die hauptsächlichen Fragestellungen*

Inwieweit „Widerspruch und abweichendes Verhalten in der SED“ oder sogar Widerstand innerhalb dieser Partei stattfand, ist als Gegenstand einer Analyse verbunden mit Untersuchungen zur Frage, in welchem politischen Kontext dies stattfand und ob bzw. welcherart oppositionelle Betätigung innerhalb der SED möglich und sinnvoll war. „Politischer Kontext“ schließt dabei sowohl das politische Selbstverständnis der Agierenden als auch die reale politische Situation der DDR zum jeweils gegebenen Zeitpunkt ein. Dabei ist die Untersuchung, ob und warum parteigebundene Opposition offen oder konspirativ, organisiert oder spontan, individuell oder gemeinschaftlich betrieben wurde, lediglich ein Aspekt der Frage, welche wirkliche Funktion die SED unabhängig von ihrer legitimatorischen Selbstdarstellung bei der Reproduktion der politischen Verhältnisse in der DDR hatte und in welchem Grad diese tatsächliche Rolle der SED den opponierenden Parteimitgliedern auch bewußt war.

Eine politische Bewertung dieser Opposition in Zusammenhang mit der Untersuchung, ob Verbindungen mit oppositionellen Strömungen außerhalb der SED existierten, wird die Chancen und Defizite, die Schwächen und Grenzen der

„SED-Opposition“ und auch (soweit hier Gegenstand) der ihr nahestehenden unabhängigen oppositionellen Gruppierungen deutlicher hervortreten lassen. Die Expertise wird sich in diesem Zusammenhang auch der Frage zuwenden, warum die meisten in der DDR öffentlich wahrgenommenen Disziplinierungen in aller erster Linie Personen betrafen, die das Mitgliedsbuch dieser Partei besaßen. Damit sind nicht nur und noch nicht einmal in erster Linie jene martialischen Parteisäuberungen der frühen Jahre und auch nicht die weniger spektakulären, aber durchaus demonstrativen Disziplinierungen der späteren Jahre innerhalb der SED gemeint. Vielmehr wurde seitens der Politbürokratie zum Beispiel das Verbot von Filmen, Büchern und Theaterstücken usw. vor allem gegenüber Regisseuren und Autoren verhängt, die zugleich Mitglieder der SED waren. Ob dies damit im Zusammenhang stand, daß die öffentliche Kritik und Abstrafung von Politikern, Wissenschaftlern und Künstlern gerade innerhalb der SED demonstrativen Charakter haben sollte oder ob dies nur banaler Ausdruck der Tatsache war, daß in der DDR vor allem oder vielfach sogar ausschließlich Mitglieder der SED in die Lage kommen konnten, als Prominente dann auch solchen öffentlich wahrnehmbaren Verbotsverdicten unterzogen zu werden, ist nicht zuletzt im Interesse einer realistischen Würdigung der Rolle und des Gewichts SED-Dissententums im Vergleich zu unabhängiger politischer Opposition in der DDR zu untersuchen. Die Expertise will daher auch herausarbeiten, daß in der Tat die Besonderheit innerparteilichen Dissidententums darin lag, gemäß der Logik politbürokratischer Herrschaft immer als besonders bedrohlich gehandelt zu werden, und es soll geklärt werden, ob aus damaliger und heutiger Sicht dieser Opposition jene Bewertung durch die Herrschenden zu Recht erteilt wurde.

2. *Der Umfang widerständigen Handelns in der SED und die Grenzen der Möglichkeiten seiner Beschreibung*

Um ein halbwegs aussagefähiges Bild über die Substanz und den Umfang oppositionellen Handelns innerhalb der SED-Parteistrukturen zu erhalten, müssen zwei wesentliche Randbedingungen Berücksichtigung finden: Zum einen wird jeder, der mit dem Ziel der Analyse des Umfangs und Inhalts innerparteilicher Opposition sich auf Dokumente oder Befragungen von Zeitzeugen und/oder Verantwortungsträgern stützt, sofort mit der Tatsache konfrontiert, daß die Begriffe der in der DDR Herrschenden von dem, was sie unter Opposition und Widerstand in der SED verstanden und mit wechselnden Schwerpunkten und unterschiedlicher Härte in der eigenen Partei verfolgten, sich über die Zeit ständig änderten. Dies läßt etwa den Aussagewert statistischer Zeitanalysen veranstalteter Parteiverfahren mit Parteistrafen – sei es auf der Grundlage der mit zum Teil akribischer Pedanterie von der Zentralen Parteikontrollkommis-

sion (ZPKK) unter Matern oder Mückenberger erstellten Jahresberichte an das Politbüro oder sei es mit Hilfe eigener Erhebungen, wie sie der Autor dieser Expertise aus den ihm unvollständig zugänglichen Berichten dieser Art versuchte – äußerst zweifelhaft und gerade bei Vergleichsversuchen unscharf erscheinen. Zum anderen muß der Standpunkt des Analytikers dazu, was er selbst und unabhängig vom politisch instrumentalisierten Verständnis der SED-Mächtigen als „Widerspruch“, „Widerstand“ oder sogar „organisierte politische Opposition“ anzuerkennen bereit ist, unmißverständlich nachvollziehbar sein, denn die bisherige Diskussion hat sehr deutlich gezeigt, wie weitgehend hier die Auffassungen inhaltlich voneinander abweichen und wie darüber hinaus oft vordergründige aktuell-politische Ambitionen bedient werden, ohne daß der verdeckte Charakter ihrer Voraussetzungen ans Licht treten soll. Eine „wertfreie“ Sicht ist hier freilich auch gar nicht möglich, jedoch sollte Klarheit in den angelegten Kriterien und Voraussetzungen dafür sorgen, daß die Ergebnisse auch inhaltlich nachvollziehbar sind – unabhängig davon, ob der Leser die darauf aufbauenden Wertungen des Autors teilt. In jedem Falle ist die Analyse des politischen Begründungszusammenhangs von Opposition oder von Bestrafungen in der SED anhand konkreter Fallstudien vorzunehmen und dies nicht etwa nur als Ergänzung ausgewerteten statistischen oder dokumentarischen Materials bzw. von Zeitzeugenaussagen. Vielmehr wird diese konkrete Analyse sich als Voraussetzung für das bessere Verständnis dokumentarischen Materials erweisen.

3. *Die Randbedingungen der Analyse*

Grundsätzlich ist zu betonen, daß die kampagnenhaften terroristischen Säuberungen in der SED bis weit in die fünfziger Jahre hinein nicht nur eine andere Intensität der Verfolgung von SED-Mitgliedern und den demonstrativen Charakter der Abstrafung von führenden Funktionären widerspiegeln, als dies später der Fall war. Hier gilt darüberhinaus auch, daß zum Zwecke der Säuberung massenhaft „Delikte“ als politisch deklariert wurden, die nicht nur keinerlei Substanz hinsichtlich des unterstellten Vorwurfs aufwiesen, sondern sowohl aus heutiger, als auch aus der damaligen Sicht der Betroffenen keinerlei oppositionelles Motiv hatten und vielfach noch nicht einmal Widerspruch zur herrschenden Politik ausmachten. Man wird sich folglich vor zwei Fehlern hüten müssen: Zum einen darf jener zu Zeiten des Hochstalinismus auch in der DDR von der Parteiführung periodisch beschworene und für Säuberungen zum Vorwand genommene „Abgrund von Verrat“ in der SED nicht zum Indikator etwaiger Widerstandsbereitschaft in dieser Partei gemacht werden, zumal die martialischen Säuberungen gerade präventiv-disziplinierenden Charakter hatten und im Dienste der Umwandlung der SED in eine stalinistische Partei „neuen Typs“ standen. Zum anderen muß man sich davor hüten, den Mut

jener einfachen Parteimitglieder gering zu schätzen, die sich, ob nun ehemals der SPD zugehörig, in der SED etwa gegen die „Sozialdemokratismuskampagnen“ wehrten, oder, früher in der KPD organisiert, sich dem zynischen Kurs ihrer Führung nicht ausliefern wollten. Dies gilt auch und gerade dann, wenn sie in dieser Zeit trotz solcherart Distanz zur herrschenden SED-Politik sich im eigenen Selbstverständnis keineswegs als „Parteioppositionelle“ verstanden. Sie riskierten auch bei moderater Kritik als SED-Parteimitglieder im allgemeinen sehr viel mehr als Parteilose oder Blockpartei-Mitglieder, ohne daß aus dem Blick geraten darf, daß für alle damals die Gefahren infolge kritischer Haltungen sehr groß waren.

4. *Die „Logik des innerparteilichen Terrors“ während der Transformation der SED in eine „Partei neuen Typs“*

Wenn sich also gerade zu Zeiten des Hochstalinismus die Parteiführung keineswegs als Kronzeugin für die eigene Behauptung einer existierenden parteiinternen Opposition heranziehen läßt, so verdient der bereits erwähnte Aspekt der präventiven Disziplinierung für die Entschlüsselung der „Rationalität des Terrors“ insbesondere in der Partei – das heißt ihren Mitgliedern gegenüber – um so mehr Aufmerksamkeit. Sie wird sich als ein wesentliches herrschaftstechnisches Element politbürokratischer Gesellschaftsformierung nachweisen lassen.

Im Gegensatz zum fehlenden Realitätsbezug zynischer Mythen angeblicher partei- oder volksfeindlicher Verschwörungen in der SED der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre waren die damit verbundenen Kampagnen jedoch von hoher politischer Zweckrelevanz: Die Opfer des „Kampfes gegen die Tito-Faschisten“, der „Abwehr imperialistischer (zumeist anglo-amerikanischer) Agenten- und Spionagetätigkeit“, des „Kampfes gegen den Sozialdemokratismus“ und schließlich auch „der Entlarvung zionistischer Verschwörungen“ in der Partei wurden als Geiseln in den Dienst der Stalinisierung und der Transmission wechselnder sowjetischer außenpolitischer (insbesondere ost- und südosteuropapolitischer) Interessen während der Entfaltung des Kalten Kriegs gestellt. Eine besondere Rolle bei der Wahrung des Charakters der stalinisierten Partei spielte der für die Betroffenen besonders gefährliche Vorwurf „trozkistischer Verschwörung“: Im Gegensatz zu den meisten anderen genannten Kampagnen (deren instrumentell-politischer Zusammenhang mit benennbaren Anlässen in vielen Arbeiten zum Thema erschöpfend belegt ist) sollte diese Denunziation über die Zeit des Hochstalinismus hinaus in allen poststalinistischen Bürokratien seine permanente und demonstrative Drohbestimmung behalten. Auch in der DDR wurde über die gesamte Zeit ihres Bestehens diese Anklage gerade in solchen Fällen, wo die demonstrative Abstrafung

von Mitgliedern der SED mit besonderem Nachdruck betrieben werden sollte, zur Anwendung gebracht. Einige Beispiele mögen diese Kontinuität belegen, bevor die Frage der Logik insbesondere antitrotzkistischer Kampagnen in der SED untersucht wird:

So wurde in der Sitzung des Politbüros (PB) des Parteivorstandes vom 3. Mai 1949 in dem von Fred Oelssner eingebrachten und vom PB bestätigten Antrag an den Parteivorstand zur Verbesserung des Studiums des „Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU (B)“ die Kritik mangelnder Klassenwachsamkeit an der Parteihochschule „Karl Marx“ wegen des Falles Wolfgang Leonhard mit einer Polemik wegen angeblich trotzkistischer Tendenzen an der Hochschule und der Behauptung verbunden, in der Berliner Parteiorganisation existierten trotzkistische Elemente und Stimmungen. Daher, so hieß es, „ist in Berlin ein besonderes Seminar der Propagandisten über die Frage des ideologischen Kampfes Lenins und Stalins gegen den Trotzkismus und über den Kampf der bolschewistischen Partei gegen die Trotzkisten, als eine Bande von Spionen und Mördern, durchzuführen“ [Stiftung Archiv und Parteien der Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im folgenden StA) SED J IV 2/2–20].

Laut einem vom Politbüro am 26. Juli 1949 bestätigten Vorschlag des Kleinen Sekretariats sollte „auf Grund der Berichte und Vorlagen über die von den Trotzkisten in allen Zonen Deutschlands betriebene Zersetzungsarbeit“ eine Arbeitsgruppe auf höchster Ebene zur ideologischen Auseinandersetzung mit dem Trotzkismus tätig werden. Gleichzeitig wurde der Parteivorstand der KPD angewiesen, eine parallel zu dieser Kommission arbeitende eigene Kommission zu bilden [StA SED J IV 2/2–35].

Der beflissene Eifer, mit dem das Politbüro die Anregungen der Prozesse gegen Kostoff in Bulgarien und Rajk in Ungarn zur Inszenierung einer Jagd auf „Partei- oder Volksfeinde“ in der SED aufnahm, führte in der Politbürositzung vom 22.8.1950 zu dem Beschluß, die vorgesehene „Erklärung der ZPKK und des ZK der SED zu den Verbindungen ehemaliger deutscher politischer Emigranten zu dem Leiter des Unitarian Service-Comitee Noel H. Field“ nach seiner Annahme im Zentralkomitee (ZK) für jede Grundorganisation als Leitfaden für Entschließungen in der eigenen Arbeit verbindlich zu machen [StA SED J IV 2/2–105]. In diesem Dokument heißt es im Abschnitt „Schlußfolgerungen“ unter anderem: „In manchen Parteiorganisationen in wichtigen Industriegebieten und Großbetrieben sind frühere Mitglieder trotzkistischer Organisationen (Brandleristen, ISK-Leute usw.) tätig und führen in Form von Cliques ihre Tätigkeit in neuer Form weiter.“ Die mit diesem Hinweis verbundene Aufforderung zum Ergreifen von Maßnahmen in jeder Parteigrundorganisation war eindeutig als Startschuß zur Aufspürung unter anderem von SED-Mitgliedern zu verstehen, die früher in zur KPD-Politik oppositionell sich verhaltenden Organisationszusammenhängen tätig

waren. Mit beispielhafter Offenheit kommentierte seinerzeit das Zentralorgan „Neues Deutschland“ (ND) den erwähnten ZK-Beschluß unter anderem mit den Worten: „Es ist nicht übertrieben, wenn man feststellt, daß er der Beginn einer neuen Etappe in der Geschichte unserer Partei bedeutet, eine neue Stufe in der Entwicklung der SED zu einer Partei von neuem Typ.“

Da es wohl kaum die Gefahr einer im ZK-Dokument behaupteten organisierten trotzkistischen Opposition gegeben hat, wohl aber eine Anzahl von zum Teil noch unerkannten Mitgliedern aus solchen oder anderen früheren Zusammenhängen, die wegen ihrer damaligen kritischen Haltung zur KPD von den Parteiführungen in Berlin und Moskau als potentielle Störfaktoren für die Umformung der SED in eine stalinistische Kaderorganisation angesehen wurden, liegt es auf der Hand, welche Rolle zum Beispiel die nachträgliche Deklarierung des ehemaligen Politbüromitglieds Paul Merker als Trotzkist spielen sollte: Im ursprünglichen Entwurf der erwähnten ZK-Erklärung war lediglich davon die Rede, daß der frühere West-Emigrant Merker im Zusammenhang mit dem Abschluß des Hitler-Stalin-Pakts auf „Verleumdungen der trotzkistischen Agenten des Imperialismus gegen die Sowjetunion hereinfiel“ (Seite 7 des dem PB am 29.8.1950 vorliegenden Textes). Bei der Schlußredaktion des ZK-Dokuments im Politbüro am jenem Tag wurde nun zum einen der Text an dieser Stelle dahingehend verschärft, daß nunmehr von „trotzkistischen Positionen“ die Rede war, die Merker und andere bezogen haben sollten. Zum anderen wurde schließlich im offenen Widerspruch zur Legende der im Dokument versuchten Entlarvung der „Hauptschuldigen“ und „Verräter“ Bruno Goldammer, Maria Weiterer, Lex Ende, Leo Bauer und Willi Kreikemeyer vom Politbüro angewiesen, die im Textentwurf ursprünglich vorgesehene Einordnung Merkers in die Reihe der nur mittelbar Verantwortlichen für die Verbindung zu Field (welche – wie etwa Wolfgang Langhoff – deshalb nur mit Funktionsverbot zu bestrafen seien) dahingehend abzuändern, daß „Merker an die Spitze der aus der Partei Auszuschließenden gestellt“ werden solle [StA SED J IV 2/2–106]. Sein durch die Endfassung der ZK-Erklärung noch nicht einmal formal plausibel legendierter Ausschluß aus der Partei war als Signal für den Umgang mit „trotzkistischen Elementen“ und die so präsentierte Entlarvung eines hohen Funktionärs als Hinweis auf die Gefährlichkeit solcherart Parteifeinde zu verstehen. Merker war Westemigrant, und bereits im Jahre 1949 verfügte das Politbüro auf seiner Sitzung vom 18. Oktober die systematische Überprüfung aller früheren Westemigranten oder ehemals in westalliiertes oder jugoslawischer Kriegsgefangenschaft befindlichen führenden SED-Funktionäre. Die Hintergründe (also die sowjetische politische Orientierung mit Verschärfung des Kalten Kriegs und die in Osteuropa durchgesetzte Linie in der Jugoslawienkampagne) sind heute allgemein bekannt. Damals wurden auf Politbürobeschluß bereits pauschal alle beim Berliner Rundfunk tätigen ehemaligen Westemigranten entlassen [StA

SED J IV 2/2–51]. Mit dem hier nur gerügten Rundfunkmitarbeiter Bruno Goldammer sollte dann ein Jahr später zusammen mit Merker abgerechnet werden.

Eine wichtige Grundlage für die Erarbeitung von Konstruktionen solchen Zwecks bildete ein auf der Sitzung des Kleinen Sekretariats vom 28.10.1949 verabschiedeter detaillierter Plan jener vom Politbüro angewiesenen Überprüfung [StA SED J IV 2/3–60]. Die heute weit verbreitete Auffassung, jene damals angewiesenen Überprüfungen hätten ausschließlich Westemigranten betroffen, ist insoweit einzuschränken, als die für die Säuberung zuständige Zentrale Kommission in ihrer Sitzung vom 6.1.1951 ebenso beschloß, daß „bei der Überprüfung von Genossen, die in der Sowjetunion waren und bei denen Unklarheiten im Lebenslauf auftauchen, ... die Unterlagen der Zentralen Kommission zur Entscheidung zu überweisen (sind)“. [StA SED J IV 2/2–125] In der vom Sekretariat des ZK auf seiner Sitzung vom 20.4.1951 bestätigten Anweisung an die Landes- und Kreissekretariate zur Verbesserung der Arbeit der Kommissionen zur Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten hieß es: „Es ist ... dringend erforderlich, parteifeindliche und zersetzende Erscheinungen anhand konkreter Fälle aus dem jeweiligen Kreis oder Land bis ins einzelne zu behandeln und den Zusammenhang aufzuzeigen, der zwischen dem jetzigen schädlichen Auftreten dieses oder jenes Mitgliedes mit seiner früheren parteifeindlichen Zugehörigkeit oder mit Erscheinungen in seiner Vergangenheit besteht“. [StA SED J IV 2/3–108] Der am 22.4.1952 vom Politbüro bestätigte Abschlußbericht der Zentralen Kommission spricht von 150.696 ausgeschlossenen oder gestrichenen Mitgliedern und Kandidaten der SED [StA SED J IV 2/2–208].

Hier ergeben sich nun zwei relativ schwer entscheidbare Fragen: Die erste Frage ist, ob und in welchem Umfang insbesondere unter den als trotzkistisch oder wegen ehemaliger Westemigration bzw. westalliiertes Kriegsgefangenschaft als „unzuverlässig“ abgestraften und oft sogar kriminalisierten Mitgliedern tatsächlich widerständige SED-Genossen waren und nicht „nur“ zu Unrecht parteifeindlicher Umtriebe beschuldigte oder zwar hier und da kritische, aber im Grunde linientreue Mitglieder. Zwar liegt es auf der Hand, daß in dieser Zeit die Gelegenheit günstig war, kritische Geister in der SED über konstruierte Anklagen ganz anderen Inhalts gründlich loswerden zu können. Die zweite Frage lautet jedoch, ob und in welchem Umfang der Inhalt dieser Säuberung vielmehr darin bestand, auf dem Kreuz von solchen Genossen, die zu ihrem Unglück wegen ihrer politischen Biographie dafür besonders geeignet schienen, mittels konstruierter Anklagen den Inhalt anstehender politischer Umformungen der Partei nach außen hin klarzumachen. Dabei wäre dann die Frage, ob es sich hier um linientreue oder um real bzw. potentiell unangepaßte oder sogar oppositionelle SED-Mitglieder handelte, untergeordneten Rangs gewesen.

Beide Fragen sind allein schon deshalb schwer zu beantworten, weil der damals zum Teil drakonische Sanktionsrahmen auch von oppositionellen SED-Mitgliedern das Leugnen solcher Art von Aktivitäten geradezu erzwang. Nach Ansicht des Autors dieser Expertise spricht viel dafür, daß die in der zweiten Frage angedeutete (sehr viel zynischere) Tendenz die in der ersten Frage unterstellte überwog. Hier jedoch den Beweis zu führen, ist sehr schwer und steht noch aus. Wie gering das Gewicht wirklicher innerparteilicher Opposition auch immer gewesen sein mag – der Wert jener noch zu schreibenden Geschichte des offenen oder konspirativen Widerstands gerade in dieser Zeit und vor allem von einfachen Parteimitgliedern besteht dann unter anderem in der Möglichkeit, zwischen Parteioppositionellen und linientreuen Mitgliedern zu unterscheiden, die im gleichen Topf erfundener Anklagen nach Rezepten herrschaftspolitischer Zweckmäßigkeit gekocht werden sollten und zum großen Teil auch wurden. Dabei ist es müßig, im Falle von durch Stalinisten abgestraften Stalinisten eine besondere Tragik oder das zynische Walten einer besonderen Art von „Gerechtigkeit“ zu sehen. Klar ist lediglich, daß die Kommunisten unter den Opfern des Stalinismus, die von den Herrschenden tatsächlich für ihre antistalinistische Opposition, wenn auch zumeist unter falschen Anklagen, terrorisiert wurden, ein Recht darauf haben, im Sumpf der Säuberungen als das kenntlich zu werden, was sie wirklich waren. Die hysterische Manie, mit der nach dem Dominoprinzip jede persönliche Verbindung mit einem entlarvten Parteifeind den Betroffenen selbst zum Parteifeind machte oder in eine Untersuchung verwickelte, hat zweifellos auch Sanktionen gegen Personen bewirkt, die nicht nur hinsichtlich der ihnen zur Last gelegten Verfehlungen oder „Verbrechen“ völlig unschuldig waren, sondern auch jede oppositionelle Betätigung gegenüber der sich stalinistisch entpuppenden SED sicher mit Recht weit von sich weisen konnten. Der Autor dieser Expertise geht im Vorgriff auf im folgenden noch darzustellende Fälle von Bestrafungen namentlich hoher SED-Funktionäre so weit, den meisten dieser Personen unbeschadet der persönlichen Tragik ihrer Schicksale nicht zuzubilligen, in Opposition zur stalinistischen oder poststalinistischen SED-Politik gestanden zu haben – so etwa Oelssner, Schirdewan, Zaisser, Wollweber, Dahlem. Auch in den Fällen, wo bei den Disziplinierten innerbürokratische Differenzen im Partei-, Staats- oder Wirtschaftsapparat eine Rolle gespielt haben, ist der Stellenwert solcher Differenzen gegenüber ihrem in den Parteiakten nachgewiesenen Anteil an der Festigung von Verhältnissen politbürokratischer Gesellschaftsformierung in der DDR von geringem Gewicht.

Bei der manischen Jagd zur Aufdeckung möglicher Schwachstellen waren, wie schon erwähnt, allein persönliche Verbindungen zu entlarvten Parteifeinden hinreichend, um zumindest Untersuchungen auszulösen. Als Beispiel ist etwa das am 19.10.1950 im Sekretariat des ZK beschlossene Ersuchen an die ZPKK

hinsichtlich Maßnahmen gegen Wieland Herzfelde zu nennen. Herzfelde war ebenso wie sein Bruder John Heartfield (dessen geplante Ausstellung postwendend abgesetzt wurde) wegen seiner Verbindung zu Field aufgefallen [StA SED J IV 2/3–1479] und wurde aus der Partei entfernt. Ebenso sollte die Staatssicherheit auf Anweisung des Politbüros () vom 25.11.1952 auch gegen Gerhart Eisler wegen „Verbindungen“ anlässlich von Rundfunkmeldungen (!) über den in der CSR laufenden Slansky-Prozeß ermitteln [StA SED J IV 2/2–249]. Die weitere Untersuchung seiner Angelegenheit wie auch die Untersuchung der Verbindungen der Professoren Kuczynski und Rompe durch die ZPKK geschah wieder auf Beschluß des Politbüros auf seiner Sitzung am 17.3.1953 [StA SED J IV 2/2–270]. Selbst Kulturbundsekretär Alexander Abusch, damals und später jedem Verdacht kritischer Haltungen fleißig vorbeugend, wurde vom Sekretariat des ZK am 15.1.1953 genötigt, im Kontext der Merker-Entlarvung eine Erklärung zu „zionistischen Tendenzen“ in der von ihm im mexikanischen Exil als Chefredakteur betreuten Zeitschrift „Freies Deutschland“, in der auch Merker publizierte, abzugeben. Jedoch ist der möglicherweise entstehende Eindruck, die Abschreckung selbst nur schattenhaft unzuverlässig erscheinender SED-Mitglieder hätte die gesamte disziplinierende Energie des Apparats absorbiert, verfehlt: Ein Beispiel ist die in der gleichen Sitzung ausgesprochene Weisung an das Ministerium des Inneren, das Verbot des Vertriebs der jüdischen Zeitung „Der Weg“ auszusprechen und zu überwachen. Diese Anordnung wurde noch übertroffen durch die Beauftragung der Abteilung Staatliche Verwaltung beim ZK, „die Leitung der Jüdischen Gemeinde zu überprüfen und dem Sekretariat notwendige Vorschläge zu unterbreiten.“ Dies alles geschah, als auf Weisung des PB neuerlich „Lehren“ zu ziehen waren, diesmal „aus der Aufdeckung der terroristischen Tätigkeit einer Ärztegruppe in der Sowjetunion“. In gewohntem Eifer wurden in diesem Zusammenhang auch eine Reihe von Maßnahmen zur Überprüfung des Personals an den Gesundheitseinrichtungen, an der Spitze das Regierungskrankenhaus, beschlossen [StA SED J IV 2/3–355].

So glimpflich wie die zuletzt erwähnten SED-Mitglieder kamen andere ebenso zu Unrecht Beschuldigte jedoch nicht davon. Wie groß die Furcht der Parteiführung vor unerkanntem widerständigem Potential innerhalb der SED war, zeigt die Verlaufsform der Fortsetzung des Kampfes um die „Einheit und Reinheit der Partei“, namentlich als Kampf gegen den Trotzismus: Im bereits erwähnten Beschluß des PB vom 25.11.1952 wurde die Staatssicherheit unter anderem auch mit Ermittlungen gegen den bereits aus der SED ausgeschlossenen Paul Merker und gegen Schrecker beauftragt. Beflissen stellte das PB in seiner am 20.12.52 für das ZK verabschiedeten Beschluß „Einige Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky“ dessen Verbindung zur DDR und zum bereits als Trotzisten bezichtigten Merker heraus. In der Erklärung heißt es zunächst unter anderem: „Ebenso fand

die Agentenrolle der Trotzlisten in diesem Prozeß eine erneute Bestätigung. Den Trotzlisten kam unter der Führung Slanskys eine bedeutende Rolle zu.“ Dann wird unter Berufung auf Malenkows Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XIX Parteitag“... die Bedeutung des unversöhnlichen Kampfes, den unsere Partei im Verlaufe einer Reihe von Jahren gegen ... den trotzlistisch-bucharinschen Abschaum, gegen die Kapitulanten und Verräter ... (führte)“, gewürdigt. Nachdem betont wurde, daß auch „die SED keine ungeklärten Verhältnisse mehr dulden (darf)“, heißt es entsprechend der anti-zionistischen Tendenz des Slansky-Prozesses: „Die Entlarvung der Zionisten als einer Agentur des amerikanischen Imperialismus entlarvt zugleich die feindliche Rolle des Agenten Paul Merker in der deutschen Emigrantengruppe in Mexiko von 1942 bis 1946. Während dieser Zeit arbeitete Merker eng mit dem im Prager Prozeß verurteilten Verbrecher André Simone zusammen“ [StA SED J IV 2/2–254]. An dieser Stelle muß erwähnt werden, daß die ZPKK bereits am 5.9.1950 Simone beim ZK der KP der CSR denunziert hatte, wie aus dem Protokoll der PB-Sitzung vom 25.11.1952 [StA SED J IV 2/2–249] hervorgeht. Die nun in der ZK-Erklärung folgende beispiellose Denunziation Merkers als „Feind der Sowjetunion und Feind des eigenen Volkes“ sowie als Titoist sollte sein weiteres Schicksal für Jahre bestimmen. Zusätzlich finden sich in der PB-Erklärung vernichtende Anklagen gegen Fritz Sperling (stellvertretender Vorsitzender der KPD/BRD) als „eines der führenden Mitglieder der Züricher Emigrationsleitung, die unter trotzlistischer Führung stand“. Dann heißt es: „Kurt Müller, der eine Zeitlang Mitglied der Leitung der KPD in Westdeutschland war, gehörte früher zur trotzlistischen Gruppe von Heinz Neumann-Remmele. Im Kommunistischen Jugendverband organisierte er einen illegalen Kampf gegen Ernst Thälmann und gegen das Thälmannsche Zentralkomitee. In Moskau nahm er Verbindung zum trotzlistischen Klüngel auf und organisierte illegale Zusammenkünfte mit Mitgliedern der deutschen Delegation der Kommunistischen Jugendinternationale. Müller hatte Verbindung mit dem Trotzlisten Fedotow, dem er sich verpflichtete, an der Organisierung und Durchführung der Schädlingearbeit, Diversionsarbeit und von Terrorakten gegen Führer der KPdSU (B) teilzunehmen. Im März 1934 wurde er zur illegalen Arbeit nach Deutschland geschickt und stellte dabei im Auftrag des Fedotow die Verbindung zu einem belgischen Trotzlisten her. Nach 1945 suchte er sich das Vertrauen der Kommunisten in Westdeutschland zu erwerben. Er nahm seine alten trotzlistischen Beziehungen wieder auf. ... 1949 kam er mit Hilfe der westlichen Agenturen in Verbindung mit ausländischen Trotzlisten wie Ruth Fischer und Buber-Neumann.“ Und schließlich heißt es mit nicht zu überbietendem Zynismus: „Inzwischen ist seiner Agententätigkeit ein Ende bereitet worden.“ (Bekanntlich wurde Müller, vor Sperling 2. Vorsitzender der KPD und MdB, 1950 von der Staatssicherheit in die DDR gelockt und inhaftiert.)

Die Tatsache, daß in diesen wie auch später noch zu betrachtenden Fällen kaum die unterstellte Nähe zu trotzkistischen Positionen oder Zusammenhängen vorhanden war, führt erneut zur eingangs gestellten Frage nach der Rolle gerade dieses Szenarios bei innerparteilichen Abstrafungen. Das in der ZK-Erklärung zitierte Credo Malenkows aus seinem Referat auf dem XIX. KPdSU-Parteitag kann als Schlüssel für die Frage nach der Rolle gerade des Vorwurfs trotzkistischer Aktivitäten in den diversen Vernichtungsauslesungen der sowjetischen und osteuropäischen kommunistischen Parteien verstanden werden: „Durch die Zerschlagung der illegalen trotzkistisch-bucharinschen Gruppe, die der Hauptanziehungspunkt für alle antisowjetischen Kräfte im Lande war, durch die Säuberung unserer Partei- und Sowjetorganisationen von den Feinden des Volkes hat die Partei jede Möglichkeit des Auftauchens einer Fünften Kolonne in der UdSSR rechtzeitig zunichte gemacht . . .“. Hier drückt sich die für alle stalinistischen Parteiführungen obligate Angst vor dem Infragestellen ihres Monopols am gesellschaftsstrategischen Zielsetzen aus, für die der Trotzismus mehr und mehr Symbol ohne politischen Inhalt geworden war. Zum Symbol konnte er aber tatsächlich nur dadurch werden, weil der Trotzismus in der Sowjetunion für sehr kurze Zeit die einzige den Stalinismus herausfordernde bedrohliche Alternative zu sein schien. Selbst als es 1954 im SED-Politbüro in der nächsten Runde des „Ziehens von Lehren“ um die Auswertung des Prozesses gegen die Verschwörergruppe Berija ging, entblödete man sich nicht, diesen berüchtigten Henker, der in der UdSSR massenweise Parteimitglieder unter dem Vorwurf des Trotzismus abholen ließ, unter anderem dafür zu verurteilen, daß er angeblich Trotzkisten zur Freilassung verholfen habe [StA SED J IV 2/2–342].

Die neue Funktion der Beschuldigung trotzkistischer Betätigung seitens der stalinistischen Machthaber gegenüber Opponenten oder potentiell unsicheren Mitgliedern als Inkarnation des Verratsvorwurfs überwog bei weitem die politische Bedeutung der kleinen trotzkistischen IV. Internationale und erst recht die der diversen trotzkistischen Splittergruppen, welche trotz ihrer Berufung auf Trotzki vielfach ebensowenig mit diesem zu tun hatten wie Stalin mit Lenin, auf den sich beide gern beriefen. Daß die Kategorie des Verrats bereits im Falle von Differenzen über Zielsetzungen innerhalb der Parteiführungen von den Gewinnern gegenüber der letztlich unterlegenen Position geradezu naturgesetzlich in Anwendung zu bringen sei, enthüllt unfreiwillig ein letztes Zitat aus dem bemerkenswerten ZK-Beschluß zum Slansky-Prozeß: „Die Entlarvung und Unschädlichmachung von Agenten wie Merker ist für die Partei heute von größter Wichtigkeit. In der Periode des sozialistischen Aufbaus kann die Partei keine Abweichungen, keine doppelten Meinungen in ihren Reihen dulden.“ Folgerichtig fordert wie schon im Falle der Auswertung des Rajk-Prozesses 1950 die am 8.1.1953 bestätigte Direktive des Sekretariats des ZK zur Behandlung des „Slansky-

Beschlusses“ in allen Parteioorganisationen getreu der Logik dieser Säuberung: „Im Ergebnis ihrer Stellungnahme nehmen die Mitgliederversammlungen der Grundorganisationen eine EntschlieÙung an, in der sie ihre konkreten Aufgaben in Auswertung des Beschlusses des Zentralkomitees zur Erhöhung der politischen Wachsamkeit der Partei und der Bevölkerung festlegen“. [StA SED J IV 2/3–353] Auch über dem Politbüromitglied Franz Dahlem, ähnlich wie Merker aufgrund seiner politischen Biographie geradezu prädestiniert für Schaustücke revolutionärer Wachsamkeit, zogen sich die Wolken der ZPKK zusammen: Das Politbüro beschloÙ am 17.3.1953, diese zu beauftragen, Dahlems Verbindungen zu Field zu untersuchen [StA J IV 2/2–270]. Zunächst wurde das Ruhen seiner Parteifunktionen, dann der AusschluÙ aus PB und ZK im Mai 1953 verfügt [StA SED J IV 2/2–279], und es folgte die schleppende Fortsetzung einer Untersuchung seiner Verantwortung für Handlungen der deutschen kommunistischen Exilleitung in Frankreich.

Es kann kein Zweifel mehr daran bestehen, daß die in der SED im Vergleich zu Ungarn und der CSR bis dahin relativ zurückhaltende Praxis, über Parteistrafen hinaus auch zur drakonischen Kriminalisierung verfehmter Spitzenfunktionäre überzugehen, mit dem Prager Slansky-ProzeÙ intensiviert werden sollte. Nachdem Bauer und Kreikemeyer bereits in „schöpferischer Anwendung“ der 1950 erdachten Konstruktionen parteifeindlicher Verschwörungen um Field verhaftet waren (Kreikemeyer verstarb im Gefängnis) und an einem Schauprozess gegen Müller seit seiner Inhaftierung gearbeitet wurde, gab es 1952 auch in der DDR zielstrebig Vorbereitungen für Prozesse nach sowjetischem, ungarischem und tschechoslowakischem Vorbild. Insbesondere Merker sollte nach seiner 1952 erfolgten Verhaftung dafür benutzt werden.

Doch zunächst beanspruchten die Turbulenzen in der SED nach den Scheitern des harten Kurses der II. Parteikonferenz 1952 unter dem Titel „Aufbau des Sozialismus“ und die Schwächung Ulbrichts aufgrund der 1953 daraufhin folgenden Kritik der neuen Moskauer Führung unter Molotow, Malenkov und Berija sowie seitens Herrnstadt (ZK-Mitglied und Kandidat des PB) und Zaisser (Staatssicherheitsminister und Politbüromitglied) die Aufmerksamkeit der Parteiführung. Der verspätet eingeleitete „Neue Kurs“ konnte den Aufstand des 17. Juni 1953 nicht mehr verhindern. Die maßgebliche Beteiligung von Mitgliedern und Funktionären der SED an den Streiks und zum Teil die Führung von Streik- und Protestaktionen durch sie ist erwiesen. Am 14. Juli 1953 war die Duldung oder Unterstützung der Proteste in der Warnow-Werft in Rostock durch verantwortliche Parteimitglieder sogar Politbürosache (mit Anordnung eines Parteiausschlusses). An diesem Tage wurden durch das PB (!) auch der ParteiausschluÙ, die Amtsenthebung und die Verhaftung des Justizministers Max Fechner wegen seines moderaten Interviews in Sachen Straffreiheit bei Streikführerschaft in ND beschlossen. Weiterhin sollte eine vom PB eingesetzte Kommission, der außer dem ZPKK-Chef Matern auch

Schirdewan angehörte, die Verhältnisse in Dresden und Görlitz untersuchen [StA SED J IV 2/2–305].

Zu diesem Zeitpunkt hatte Ulbricht die heikle Situation, am 7. Juli 1953 in der Politbürositzung nur Honecker und Matern (bei unklarer Haltung Mückenbergers und Oelssners) auf seiner Seite zu wissen, bereits überstanden [R. Herrstadt, Das Herrstadt-Dokument, Hamburg 1990, S. 126 f]. Im Politbüro wurde wie zuvor weiter an der Entlarvung Dahlems gebastelt, die Veröffentlichung einer Sammelbroschüre mit den erwähnten ZK-Erklärungen zu Verbindungen deutscher Emigranten in der Sache Rajk/Field und Slansky angewiesen [StA SED J IV 2/2–309] sowie gegen Fechner und Merker „ermittelt“. Der Absetzung Zaisers und Herrstadts von ihren Funktionen im Juli 1953 folgte am 12. Januar 1954 auf PB-Beschluß auch ihr Parteiausschluß „wegen fraktioneller Tätigkeit und Bedrohung der Einheit und Reinheit der Partei.“ Ihre Kritik an Ulbricht und die Überlegungen zur Entlastung der SED durch Ulbrichts Absetzung wurden in der Sprache des Ausschlußverdikts zur Vorbereitung eines innerparteilichen Putsches zur Eroberung der Parteiführung. Dies wurde bei Herrstadt mit dem Vorwurf des Sozialdemokratismus angereichert. Zaissler fand sich als Vertreter der Linie des in der Sowjetunion gerade erschossenen Berija in der SED wieder, also als Verfechter der Auslieferung der DDR an Westdeutschland und der Isolierung der Sicherheitsorgane von der Parteikontrolle. Im übrigen wurden die Unruhen des 17. Juni auch auf mangelnde Wachsamkeit von Zaisers MfS zurückgeführt. Ackermanns „versöhnlerische Position“ und zeitweilige Teilnahme an der Fraktion war eine strenge Rüge, Jendretzkys Verbindung mit den Ausgeschlossenen eine Rüge wert. Elli Schmidts deutliche Kritik an der SED-Politik anläßlich des 17. Juni [siehe auch Herrstadt, a.a.O.] wurde ebenfalls gerügt [StA SED J IV 2/2–341], und alle drei wurden aus dem ZK entfernt. Die auf dieser Sitzung ebenfalls ausgesprochene strenge Rüge für Dahlem wegen seiner uneinsichtigen Haltung gegenüber den ihn betreffenden nach wie vor unklaren Vorwürfen (Fehler während der illegalen Arbeit in Frankreich und Blindheit gegenüber inzwischen entlarvten Parteifeinden) wurde durch eine Parteiausschlußdrohung ergänzt.

Die beschriebenen sich 1953/54 in den Führungsgremien der SED abspielenden Auseinandersetzungen sind typischer Ausdruck innerbürokratischer Rationalitätskonflikte im Unterschied zu den überhängigen und noch zu vollziehenden demonstrativen Abstrafungen des verhafteten Max Fechner und des immer länger einsitzenden Paul Merker. Am Falle Merkers sollte die Unduldsamkeit gegenüber vermeintlichen parteioppositionellen Ansätzen, am Falle Fechners die unnachsichtige Bestrafung eigenverantwortlichen politischen Handelns innerhalb der SED exekutiert werden. Beabsichtigt waren hier erziehungsdiktatorische Effekte, jedoch nicht etwa bei den Anzuklagenden, sondern gegenüber der Parteiöffentlichkeit. Es spielte hier keine Rolle, daß im

Sinne der jeweiligen Anklage Merker unschuldig und Fechner „schuldig“ war. Im Falle der Zaisser/Herrnstadt-Gruppe kann ebensowenig wie bei Merker von innerparteilichem oppositionellem Handeln, sondern es muß (allerdings anders als bei Merker) von konformer Konfliktbereitschaft gesprochen werden, wobei die „politischen Unkosten“ einer Niederlage gemäß der Logik des bürokratischen Zentralismus unter Verhältnissen einer stalinistischen Diktatur ebenfalls auf den Parteiausschluß oder Schlimmeres hinausliefen.

Zweifellos orientierte die gereinigte Parteiführung unter dem wieder in seiner Position gefestigten Ulbricht während des Jahres 1954 auf eine harte Linie. Aus dem ZPKK-Bericht über die Parteiverfahren der Jahre 1954 und 1955, dem PB in seiner Sitzung am 20.3.1956 vorgelegt, ergibt sich ein überaus hoher Anteil der Parteiausschlüsse und Streichungen an den Parteiverfahren mit Parteistrafen (69,8%) und (nach dem 17.Juni 53 kaum verwunderlich) ein hoher Anteil an Arbeitern an den aus der Partei entfernten Mitgliedern (über 1/3). Die „Deliktstruktur“ ist in Materns Bericht allerdings äußerst defizitär ausgewiesen: Der Anteil politischer Delikte ist nicht ermittelbar [StA SED J IV 2/2A – 481]. Der Argwohn gegenüber Resten kritischen Denkens in der SED drückte sich in den Säuberungen ab Ende 1953 und während des Jahres 1954 aus: 60 % der 1952 gewählten Bezirksleitungsmitglieder und über 70 % der ersten und zweiten Kreissekretäre wurden ausgewechselt [Herrmann Weber, DDR – Grundriß der Geschichte, Hannover 1991, S. 57]. Unbeschadet der Tatsache, daß nach Stalins Tod und mit der Ausschaltung von Berija der Instinkt der Parteiführung immerhin dahingehend wirkte, daß die in Vorbereitung befindlichen Prozesse besser nicht als Schauprozesse stattfinden sollten, ist das vom Autor dieser Expertise im Parteiarchiv der SED aufgefundene Material zur Vorbereitung der Verfahren gegen Merker und Fechner beispieldes: Die mit dieser Vorbereitung befaßte Justizkommission beim ZK schlug dem Politbüro die zügige Durchführung dieser Prozesse als Geheimprozesse vor. Im Falle Fechners stellte diese Kommission (unter Teilnahme von Plenikowski, Benjamin, Melsheimer und Kern) angesichts des ihr vom Staatssekretariat für Staatssicherheit vorgelegten Schlußberichts fest, daß dieser „nicht in genügendem Maße die staatsfeindliche Tätigkeit Fechners ausweist. Was im Schlußbericht als Ergebnis zusammengefaßt ist, bedurfte nicht der Untersuchung von der Dauer eines Jahres. Es wurde empfohlen, die Anklage stärker zu fundieren durch die Ausführung einiger Tatsachen, die die staatsfeindliche Tätigkeit Fechners im Ministerium für Justiz noch besonders deutlich machen. Der Genosse Mielke soll gebeten werden, etwaiges Material (!) in dieser Beziehung dem Generalstaatsanwalt zu übergeben. . . . Die Anklageschrift wird vor Durchführung des Prozesses von der Kommission beraten.“ Im Falle Merkers legte die Kommission fest, „daß in der Anklage die Verbrechen des Merker nach 1945 gegen die deutsche Arbeiterklasse und gegen das deutsche Volk stärker hervorgehoben werden sollen, wobei seine

Verbindungen zu Agenten westlicher Geheimdienste und seine Versuche, unter Ausnutzung seiner Funktion solche Agenten in das Gebiet der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone einzuschleusen und somit dem amerikanischen Imperialismus personelle Positionen zu verschaffen, als besonders verbrecherisch zu werten sind.“ Tatsächlich sind beide der Kommission vorliegenden Abschlußberichte nichts anderes als Konvolute nicht justitierbarer politischer und persönlicher Verleumdungen. Dies ist aber für die Kommission lediglich Anlaß für die Befürchtung, die unter allen Umständen zu erhebende Anklage sei gefährdet. Beide Kommissionsvorlagen für das Politbüro gipfeln daher in den Empfehlungen, daß das Untersuchungsorgan dem Generalstaatsanwalt gegenüber im Falle Fechner „nachzulegen“ hätte und im Falle Merker die Anklage noch tendenziöser umgeschrieben werden solle, wobei sogar schon die Richtung dieser Interpretationsverschärfung angegeben wurde! Ungeachtet der dünn untersetzten Anklage etwa gegen Merker informiert die Vorlage der Kommission das Politbüro dahingehend, daß der Generalstaatsanwalt beabsichtige, eine Strafe von 15 Jahren Zuchthaus zu beantragen. Das Politbüro verfügte am 17. 8. 1954, daß angesichts dieser entlarvenden Mängel beide Vorlagen erneut überarbeitet einzureichen seien [StA SED J IV 2/2–377 und J IV 2/2 A – 369].

5. *Innerparteiliche Repression in der poststalinistischen Übergangsperiode*

Am 21.12.1954 bekräftigte das Politbüro „Richtlinien zur Durchführung von Parteiverfahren und zur Arbeit der Parteikontrollkommissionen“. Namens des ZK der SED heißt es zur erneuten Bekräftigung bisher geübter Praktiken: „Wer in der Partei feindliche Gruppierungen, Fraktionen und Cliquen bildet, wer bewußt feindliche Ideologien in die Partei hineinträgt, vorsätzlich von der Linie der Partei abweicht oder Doppelzüngerei betreibt, wer Partei- und Staatsgeheimnisse verrät, verletzt gröblichst die Absätze 2a und j des Parteistatuts und ist unnachsichtig aus der Partei zu entfernen“. [StA SED J IV 2/2–397] Hinter diesen Maßgaben praktizierte die SED-Politbürokratie jeweils zweckmäßig erscheinende Disziplinierungen gemäß den Kriterien aktueller politischer Herrschaftssicherung. Nach diesen Festlegungen war übrigens auch eindeutig klar, daß Korruption, persönliche Vorteilsnahme unter Ausnutzung von Parteifunktionen und Unterdrückung von Kritik keineswegs so gravierend geahndet würden, wie die oben genannten Verfehlungen: Hierzu hieß es nämlich im Gegensatz zu oben zitierter klarer Ausschlußweisung, es solle „nur in den schwersten Fällen der Ausschluß aus der Partei zur Anwendung gebracht werden.“ Solche Einschränkungen begünstigten die Erziehung einer Generation von Parteiarbeitern, die zu beträchtlichen Teilen in extensiver Auslegung dieser Bestimmungen die Opposition gegen die

Parteiführung oder Verstöße gegen das Fraktionsverbot für die gefährlichste Verirrung, Korruption und Amtsmissbrauch dagegen für eine läßliche Sünde hielt.

Die selbstverständlichen Praktiken der Jagd auf Parteifeinde gerieten erst ins Zwielficht, als mit den Enthüllungen Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU sich die Furcht der SED-Parteiführung einerseits vor der berechtigten Kritik der Parteiöffentlichkeit an den bisher geübten Praktiken, andererseits vor den unangenehmen Folgen oder unwägbareren Schwierigkeiten der Regulierung von zum Teil noch andauernden Unterdrückungsmaßnahmen namentlich gegen eigene Parteimitglieder wieder verstärkte. Obwohl der verharmlosende Trend selbst von Chruschtschows Darlegungen alle Fragen nach den gesellschaftlichen Ursachen des Terrors verbot und die euphemistische Formel vom „Personenkult“ die enthüllte Wahrheit sogleich wieder mystifizierte, wagte es die SED-Führung aus berechtigtem Eigeninteresse nicht, der Parteiöffentlichkeit den Inhalt der Chruschtschowschen Geheimrede zu präsentieren. In aller Eile und nach sowjetischem Vorbild beschloß das Politbüro auf seiner Sitzung vom 20.3.1956 anläßlich des dort gegebenen „Berichts der ZPKK über Probleme, die vor der ZK-Sitzung bzw. Parteikonferenz geklärt werden müssen“, dem ZK „die Bildung einer Kommission zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern und ehemaligen Parteimitgliedern vorzuschlagen.“ Schirdewan, der bei dieser Sitzung zusätzlich noch beauftragt wurde, wenigstens dem ZK auf der bevorstehenden Sitzung die heikle Wahrheit Chruschtschows über Stalin beizubringen, sollte die später dann von Ulbricht geleitete Kommission personell auswählen [StA SED J IV 2/2–465]. Der im Parteiarchiv der SED vorgefundene Referatentwurf Schirdewans für die ZK-Tagung läßt auch in den veränderten Lage keinen Zweifel an den unveränderten politischen Fronten. An einer Stelle heißt es über die KPdSU: „Die Partei erstarkte und wuchs in der harten Auseinandersetzung mit den parteifeindlichen Strömungen und Auffassungen der Trotzlisten, Bucharinleute und bürgerlichen Nationalisten. ... In der Zeit von 1935 bis 1937 setzten Massenrepressalien gegenüber den Gegnern des Leninismus, den Trotzlisten, Sinowjew- und Bucharinleuten ein, gegen frühere Anhänger der politisch zerschmetterten Parteien und später auch gegen viele ehrliche Kommunisten, die ... aktiv gegen die Trotzlisten und Rechten ... gekämpft haben“. [StA SED J IV 2/2 A 481] Die Verurteilung des Stalinschen Terrors gegen unschuldige Parteimitglieder, nicht aber die Überprüfung der gesamten Politik der sowjetischen Partei, die Kritik an der Härte seiner Vernichtungsauslese gegenüber nach wie vor als Parteifeinde zu betrachtenden Parteimitgliedern, nicht aber die Frage nach den Gründen solcher Verfolgungen – dies sollte also die Optik der Umbewertung bleiben. Es ist bemerkenswert, wie auch unter den veränderten Bedingungen die halbherzige Rücknahme selbst verfügbarer Repressionen unter Ausschluß jeder Diskussion der eigenen Verantwortung für

diese gelang. Überdies wurden sogar die Überprüfungen noch zu einem Beitrag für die Bekräftigung der nach wie vor ungebrochenen Option auf unbedingte Gefolgschaftstreue umfunktioniert: So hieß es in den Kommissionsunterlagen: „Bei der Aufhebung von Ausschlüssen und Streichungen ließ sich die Kommission in jedem Falle (!) davon leiten, wie sich die Betroffenen in der Zeit nach 1945 verhalten haben. Von diesen (!) Erwägungen ausgehend wurden z. B. bei Wieland Herzfelde (KPD seit 1918), Gertrud Herzfelde (KPD seit 1924), Lisa Kierbach (SPD vor 1933) die Streichungen bzw. Ausschlüsse wegen Verbindungen zu Noel und Herrmann Field während der Emigration in Frankreich und Amerika aufgehoben.“ Dies bedeutet nichts anderes, als daß der eigentliche Ausschlußgrund – ehemals in militantester Weise zum Anlaß für Untersuchungen und Parteistrafen oder Schlimmeres herangezogen – nun ungeprüft gegen parteikonformes Wohlverhalten aufgerechnet werden konnte. Viele Betroffene werden dies auch so interpretiert haben, daß Nachfragen bezüglich der Berechtigung damaliger Verfolgungen in ihrem eigenen Interesse auch künftig zu unterbleiben hätten, wenn „ihr Verhalten nach 1945“ weiter als korrekt eingeschätzt werden sollte. In der Sache selbst hätte man abzuwarten, bis die nach wie vor fest im Sattel sitzenden Einpeitscher dieser Säuberungen (an erster Stelle Ulbricht und sein Vollstrecker Matern als Chef der ZPKK) sich von der Höhe des Politbüros aus selbst dazu zu äußern geruhen. Zunächst verfügte man z. B. gnädig: „Auch der Ausschluß von Margarethe Merker (KPD seit 1921) wurde aufgehoben. Sie war 1953 ausgeschlossen worden, weil sie es ablehnte, ihren Mann (Paul Merker) als imperialistischen Agenten zu bezeichnen.“ Notgedrungen aber verstand sich die Kommission auch zu der Empfehlung an das PB, „die ZPKK zu beauftragen, die Rehabilitierung von Genossen, die in der Sowjetunion verhaftet waren, auch wenn sie nicht mehr am Leben sein sollten, zu prüfen und zu entscheiden. Diese Maßnahme, die von besonderer Bedeutung ist, ergibt sich aus den Feststellungen des ZK der KPdSU über die verbrecherischen Umtriebe der Berija-Bande in der Sowjetunion“ Hier also – im Falle der Aufklärung fremder Verantwortung am Terror gegen eigene Genossen durch Funktionäre einer anderen Partei – waren Fragen nach den SED-Verstrickungen nicht so sehr zu befürchten, und man sprach deshalb sogar von Rehabilitierungen. Dies sollte 73 deutsche Opfer des Stalinismus in der Sowjetunion betreffen. Auch die Entlassung von in der DDR inhaftierten SPD-Mitgliedern (damals im Namen des Kampfes gegen das Agententum der im Solde des Imperialismus stehenden Sozialdemokratie verfolgt) wurde flugs politisch instrumentalisiert, um dem gerade angesagten Trend der Modifikation von Beziehungen der SED zur westdeutschen SPD zu dienen: „Im Sinne der Verständigungsbereitschaft mit der SPD und der Beseitigung aller Hindernisse für eine Zusammenarbeit zwischen den Arbeiterparteien in Deutschland (ist) der Beschluß der Kommission, die Listen der SPD-Angehörigen zu prüfen, die wegen Agententätigkeit verurteilt waren“. [alle Zitate aus: Zur Entlassung

vorgeschlagen ... Mit einem Vorwort von Joseph Grabert, Berlin 1990, S. 103ff]

In dem auf der PB-Sitzung vom 2.5.1956 bestätigten Bericht der zweiten Sitzung der Kommission wurden 86 ehemalige Funktionäre der SED, unter ihnen der 1954 zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilte Max Fechner und auch Bruno Goldammer zur Begnadigung vorgeschlagen mit der Maßgabe, ihre Strafen aus dem Strafregister zu streichen. Zu Fragen der politischen Rehabilitierung äußerte sich die Kommission nicht. Im Bericht heißt es weiter unter anderem: „Der der Kommission vom Genossen Grotewohl übergebene Brief von Marthe Kreikemeyer, betreffend ihren Mann, wurde behandelt. Die Kommission beschloß, den Brief von Frau Kreikemeyer zur Kenntnis zu nehmen und den staatlichen Organen zu empfehlen, der Frau Kreikemeyer keine Antwort zukommen zu lassen, da sie selbst Ausländerin ist und im Ausland lebt“. [StA SED J IV 2/2–474]

Es liegt auf der Hand, daß trotz dieser verlogenen und halbherzigen Maßnahmen die verfügbaren Haftentlassungen für die Betroffenen von entscheidender Bedeutung waren, auch wenn die erforderliche Genugtuung in Form einer vollständigen Rehabilitierung überwiegend ausblieb. Bis Oktober 1956 wurden etwa 21.000 Personen aus der Haft entlassen, überhöhte Strafmaße korrigiert und die Rechte der Verteidigung erweitert. Dabei ist unschwer nachzuvollziehen, wie groß die Verunsicherungen bei den Kopflängern des hausgemachten SED-Terrors in der Justiz und den Staatssicherheitsorganen angesichts dieser Entwicklungen waren. So heißt es im Bericht der Kommission: „Ausgehend von den Fragen, mit denen sich die Kommission beschäftigt, ergeben sich bestimmte Probleme (!) für die Arbeit unserer Justiz und Staatssicherheitsorgane. Zur Beratung dieser Probleme wurde die Abt. Staatliche Organe beauftragt, eine Tagung der aktivsten und verantwortlichsten Parteigenossen in der Justiz vorzubereiten, die am 10.5.1956 stattfinden soll. Gen. Wollweber wurde beauftragt, eine Parteiaktivtagung des MfS vorzubereiten, die am 11.5.1956 durchgeführt werden soll. Die Thesen zu den Referaten für diese Tagungen sind dem Politbüro vorher vorzulegen.“ Das Politbüro beschloß auf Grund des Kommissionsberichts, daß vom Politbüro aus an diesen Konferenzen Grotewohl, Ulbricht, Stoph, Schirdewan und Ebert teilzunehmen hätten [StA SED J IV 2/2–474].

Der Ernst, mit dem hier Schadensbegrenzung versucht werden sollte, ist offensichtlich. Dieser Schaden schien in maßgeblichem Umfang vor allem in den Universitäten und wissenschaftlichen Einrichtungen aufzutreten: Viele Parteintellektuelle begannen hinsichtlich der innerparteilichen Demokratie- und Diskussionsdefizite sowie der Stalin-Problematik Fragen zu stellen, die über die Grenzen dessen hinausgingen, was die Parteiführung als Maßstab zu setzen versuchte. Der Beschluß des PB zur „Lage an den Parteiorganisationen der Institute, Hochschulen und Universitäten“ vom 2.5.1956 orientierte

angesichts dieser Entwicklung auf die disziplinierende Wirkung von zum Teil dort noch zu bildenden Partei- und FDJ-Aktiven, von denen man offenbar erwartete, die fraglichen Genossen wieder unter Kontrolle zu bekommen, soweit nicht, wie im Falle der Parteiorganisation am Institut für deutsche Geschichte, das Politbüro gleich die ZPKK einschaltete [StA SED J IV 2/2–474]. Diese Parteiaktive bildeten bereits seit 1954 das Rückgrat des innerparteilichen Transmissionsprozesses [Hermann Weber, DDR – Grundriß der Geschichte 1945–1990, S. 57]. Ulbricht nahm am 13.6.1956 selbst an einer Tagung des Parteiaktivs der Humboldt-Universität Berlin teil, um zu Fragen des XX. Parteitags der KPdSU und der 3. Parteikonferenz der SED Stellung zu nehmen. Einerseits hieß es in seiner Rede: „Genosse Havemann hat sehr treffend gesagt: 'Manche suchen das Fehlerhafte und sehen das Neue nicht.' ... Die Klärung einiger Fragen ist an den Universitäten und Hochschulen so weit gediehen, daß die eigentliche Diskussion, nämlich der wissenschaftliche Meinungsstreit über das Neue beginnt und ernsthaft dem Dogmatismus zu Leibe gerückt wird.“ Andererseits erklärte Ulbricht: „Die 'Fehlerdiskussionen', die manche Genossen führten, zeigten, daß die Betreffenden ihren Blick ausschließlich nach rückwärts wandten und Fragen, die bereits auf dem IV. Parteitag und in Tagungen des ZK der SED entschieden worden waren, nochmals aufrollen wollten.“ [StA SED J 2/2 A – 503] Damit wurde deutlich, daß die Aufforderung zum undogmatischen wissenschaftlichen Meinungsstreit vor der Grenze kritischer Nachfragen zur Verantwortung der Parteiführung für vergangene Säuberungen halt zu machen hatte. Dies war natürlich nicht durchzuhalten – zumal solcherart Restriktionen bei SED-Mitgliedern wie Robert Havemann von vornherein wirkungslos waren. Als sich schließlich in Ungarn die Ereignisse überschlugen, waren es letzten Endes doch wieder Drohgebärden in Form von Kampfgruppenaufmärschen gegenüber Studenten der Berliner Humboldt-Universität und die Staatssicherheitsorgane, welche ab Oktober 1956 mittels Verhaftungen von Studenten und antistalinistischen Kommunisten erneut die aus dem Leim gehenden Verhältnisse zu richten versuchten [Hermann Weber, a. a. O., S. 83].

Es erfolgte übrigens auch die Löschung bereits erwähnter Parteistrafen betreffs Elli Schmidt, Jendretzky und Ackermann wegen guter Führung. Dabei legte hinsichtlich Ackermanns das Politbüro in seiner Sitzung am 2.5.1956 Wert darauf, in der nach Vorschlag der Kommission den ZK-Mitgliedern vollständig und den Parteimitgliedern gekürzt zur Kenntnis zu gebenden Mitteilung klarzustellen, daß die gelöschte Parteistrafe nichts zu tun habe mit Ackermanns Stellungnahme über den besonderen deutschen Weg zum Sozialismus aus dem Jahre 1946 [StA SED J IV 2/2–474].

Bei Dahlem redete man sich in dem vom PB am 5.6.1956 behandelten Abschlußbericht der Kommission darauf heraus, die strenge Rüge und das

Funktionsverbot von 1954 seien lediglich wegen seines Verhaltens während der Untersuchung von Fragen seiner Aktivitäten in der Emigration erteilt worden und nicht wegen der Untersuchungsergebnisse. Nach der Umwandlung in eine Rüge und der Aufhebung des Funktionsverbots durch die 21. Tagung des ZK im November 1954 könne jetzt auch die Rüge gestrichen werden [StA SED J 2/2–480].

Es verdient Erwähnung, daß Dahlem, ab 1957 wieder ZK-Mitglied und ab 1967 stellvertretender Minister für Hoch- und Fachschulwesen, sich im Januar 1975 mit einem persönlichen Brief an den Ersten Sekretär des ZK der SED, Erich Honecker, wandte. In diesem Brief verwies Dahlem darauf, daß er wie 1956 vor dem Politbüro immer noch darum kämpfe, „daß die revolutionäre Ehre jener standhaften Kommunisten vollständig wiederhergestellt wird, denen im Verlaufe der Jahre 1950 bis 1953 so schweres Unrecht zugefügt worden ist. Im Unterschied zu den Parteien unserer Bruderländer haben wir noch immer keinen Schlußstrich unter jene innerparteilichen Vorgänge der genannten Jahre gezogen. Die damals gemäßregelten Genossen, in der Mehrzahl im Kampf während Jahrzehnten erprobte Kommunisten, und ihre Angehörigen sind zumindest in politisch-moralischer Hinsicht noch belastet, denn die damals gefaßten Beschlüsse des Zentralkomitees existieren nicht nur noch, sondern es besteht keineswegs darüber Klarheit, in welchem Maße sie noch als gültige Dokumente der Partei anzusehen sind.“ [StA SED J IV 2/2–1544] Das Politbüro erwiderte im Januar 1975 daraufhin ganz trocken: „Dahlem ist mitzuteilen, daß kein Grund besteht, entsprechend den Vorschlägen seines Briefes zu verfahren, da die entsprechenden Beschlüsse, die die angeschnittenen Fragen betreffen, bereits gefaßt wurden“. [a. a. O.] Dies stimmt insofern, als das PB auf seiner Sitzung am 19.6.1956 beschloß, dem ZK zu empfehlen, wenigstens einen der drei von Dahlem erwähnten ZK-Beschlüsse, nämlich den vom August 1950, teilweise aufzuheben. Zu diesem Beschluß empfahl das PB dem ZK: „Der Inhalt dieser Erklärung, soweit er sich aus den Prozessen gegen Rajk in der Volksrepublik Ungarn und gegen Kostoff in der Volksrepublik Bulgarien ergibt, wird aufgehoben“. [StA SED J 2/2–483] Dahlem war aber insofern im Recht, als diese Formulierung überhaupt keine Schlußfolgerungen über den Umfang, den Inhalt und die Grundlage gültig bleibender Bestandteile der Erklärung vom August 1950 zuließ. Weder hinsichtlich des aufgehobenen noch der unerwähnt gebliebenen Beschlüsse des ZK der SED zum Slansky-Prozeß von 1952 und 1953, für den die Parteispitze ja sogar denunziatorische Beihilfe leistete und auf dessen Grundlage auch die hausgemachte Hauptwelle von innerparteilicher Repression losgetreten wurde, folgte 1956 oder auch später eine breite Auswertung zur Bekanntmachung der veränderten Einsichten. Wie kampagnenhaft dagegen 1950–53 die nun in Verruf geratenen Beschlüsse in allen Parteigliederungen publik gemacht wurden, erklärte sich ja gerade aus ihrer damaligen Säuberungsfunktion – um so verständlicher

die spätere Zurückhaltung der Verantwortlichen bei der Rücknahme dieser von ihnen verabschiedeten Erklärungen. Die während der PB-Sitzung vom 19.6.1956 verabschiedete Mitteilung des Presseamtes über die Ergebnisse der Tätigkeit der Kommission des ZK beispielsweise enthielt kein klärendes Wort über die Umstände der SED-Parteisäuberungen [StA SED J IV 2/2–483]. Die deshalb auch überaus devoten Vorschläge Dahlems in seinem Brief 1975 an Honecker, wie in der Partei mit der Bereinigung dieser Angelegenheit „ein Aufleben sie behindernder Fehlerdiskussion . . . nicht provoziert werden darf“, weil „es im Interesse der Wahrung der Einheit der Partei und der entschlossenen Lösung der aktuellen Aufgaben des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in unserer Republik sicher notwendig sein (wird), die Verantwortlichen und ihre Helfershelfer für jene Vorgänge nicht zur Verantwortung zu ziehen“, gewinnen nur an einer Stelle seines Briefes an Schärfe: Es „sollte eine interne (!) Untersuchung gegen den Hauptverantwortlichen dieser Vorfälle in unserer Partei, Herrmann Matern, durchgeführt werden, deren Ergebnisse nur der Parteiführung zur Kenntnis gebracht werden sollten, damit sie die unausweichlichen Schlußfolgerungen daraus ziehen kann. Meines Erachtens sollte jedoch die Parteiführung unabhängig davon (!) sofort die weitere Verwendung dieses Namens für öffentliche Einrichtungen, Straßen usw. unterbinden.“ [a. a. O.] Dahlem hatte seine Lektionen gut gelernt: Die Entlarvung von Schuldigen an der Verfolgung von Unschuldigen kann mit Rücksicht auf den Ruf der Führung am besten dann erfolgen, wenn diese Schuldigen tot sind (Matern starb 1971), hat aber aus den gleichen Rücksichten heraus ebenso geheim zu erfolgen, wie die Verfolgung Unschuldiger ehemals einer öffentlichen Jagd glich!

Im Unterschied zu Dahlem, bei dem das ZK wie erwähnt Wert auf die Feststellung legte, er sei wegen der Vergangenheit angehöriger Fragen noch nicht einmal gerügt worden [StA SED J IV 2/2–480], war Merker wegen solcher Fragen bekanntlich nicht nur ausgeschlossen, sondern sogar in einem Geheimprozeß verurteilt worden. Merker wandte sich offenbar brieflich an die Parteiführung. Auf der zweiten Kommissionssitzung in Sachen Überprüfung von Angelegenheiten von (ehemaligen) Parteimitgliedern am 25.4.1956 erhielt Hertha Geffke den Auftrag, mit Merker eine Aussprache zu führen [StA SED J IV 2/2–474]. Im Reinschriftprotokoll der Sitzung des PB vom 5.6.1956 wurde nun bezüglich der Sache Merker von einer „Nachprüfung unter Berücksichtigung neuer Gesichtspunkte“ gesprochen [StA SED J IV 2/2–480]. Unverfroren ignorierte das Politbüro in seinem für das ZK gedachten Beschlußvorschlag die eigene Verantwortung für die Verfolgung Merkers und die kriminelle Energie, mit der seine Denunziation betrieben wurde: Seine Verhaftung sei angeblich auf Grund der Aussagen von Angeklagten im Slansky-Prozeß erfolgt und habe eine gründliche Untersuchung notwendig gemacht. Das Arbeitsprotokoll der gleichen PB-Sitzung enthüllt unfreiwillig

die Schwierigkeiten des Erfindens einer paßfähigen Legendierung seiner bereits zu Jahresbeginn erfolgten Freilassung: Zunächst wurde vorgeschlagen, die ursprüngliche Formulierung „... zur Last gelegten Anschuldigungen ungenügend bewiesen sind“ sei zu streichen zugunsten von: „eine strafrechtliche Verfolgung nicht rechtfertigen, weil sie in der Hauptsache politischer Natur sind.“ Schließlich hieß es, der Zusatz: „Das Urteil ist nun aufzuheben und Merker durch Freispruch zu rehabilitieren“, sei zu streichen zugunsten der Formulierung „Wiederaufnahme des Verfahrens.“ [StA SED J IV 2/2 A – 499]

Dem Autor der Expertise ist es noch nicht gelungen zu klären, wie der PB-Beschluß vom 19.6.1956, den Fall Sperling betreffend, umgesetzt wurde. Hier hieß es: „Die Kommission, die die Fragen der KPD behandelt, wird beauftragt, ein Dokument über die Beziehungen zu amerikanischen und englischen Besatzungsstellen und über die Folgen, die sich daraus ergaben, auszuarbeiten. ... In Verbindung damit soll der Brief von Sperling mitbehandelt werden. Die Genossen der Staatssicherheit und die Genossen der KPD legen jeder für sich eine Einschätzung der politischen Hintergründe der damaligen Verhandlungen vor.“ [StA SED J IV 2/2–483]

Vor dem Hintergrund des XX. Parteitag der KPdSU, der Turbulenzen in Polen, wo sich Gomulka gegen Chruschtschow durchsetzte, und der blutigen Intervention sowjetischer Truppen in Ungarn war klar, daß einer unverändert unter Ulbricht amtierenden Parteiführung höchste Gefahr drohte, wenn eine innerparteiliche Opposition personelle und inhaltlich-politische Alternativen zu präsentieren und zu propagieren begönne. Die Umstände der Ende 1956 erfolgten Verhaftung sowie der sehr schnell inszenierten beiden Prozesse gegen Harich-Steinberger-Hertwig und Janka-Zöger-Just-Wolf ab März 1957 sind durch nach 1989 erfolgte Publikationen namentlich von Janka und Harich weithin bekannt geworden. Der Vorwurf „konterrevolutionärer Gruppenbildung“, maßgeblich für dann ergehende langjährige Haftstrafen, findet sich im parallel zu dem Gerichtsverfahren erstellten Bericht der ZPKK vom 26.3.1957 „über die Entstehung und Entwicklung der konterrevolutionären Gruppe um Wolfgang Harich in der Parteiorganisation des Aufbau-Verlages“ als eine Beschreibung von folgerichtigen Diskussionen über die Ursachen stalinistischer Deformationen in der Sowjetunion und des 17. Juni 1953 in der DDR, über die deutsche Frage und die Ereignisse in Polen und Ungarn. Großes Gewicht wurde auf die kritische Bewertung des Verhaltens am Rande Beteiligten (wie J. R. Becher) gelegt, wobei Maßstab parteimäßigen Verhaltens die Bereitschaft zur Denunziation ungewöhnlicher Auffassungen von Genossen bei den übergeordneten Parteileitungen war. In der Begründung des Parteiausschlusses von Zöger wird dessen Versuch, ein Zusammentreffen mit dem gerade aus der Haft entlassenen Paul Merker als harmlos hinzustellen, die Glaubwürdigkeit abgesprochen. Möglicherweise hat diese Sammlung zum

Teil läppischer „Schuldbeweise“ das PB auf seiner Sitzung vom 26.3.1957 auch veranlaßt, das MfS zu beauftragen, „eine eigene Analyse über die konterrevolutionäre Gruppe Harich vorzulegen.“ Die von der ZPKK verfügten Parteiausschlüsse wurden natürlich bestätigt [StA SED J IV 2/2–534].

Zuvor war in der DDR bereits auf der 30. ZK-Tagung Ende Januar 1957 der antirevisionistische Kampf in den Wirtschafts-, Staats- und Rechtswissenschaften eröffnet und Bloch als Repräsentant des „philosophischen Revisionismus“ kritisiert worden. Das Mißtrauen, unter DDR-Parteintellectualen könne sich nach dem ungarischen Vorbild des „Petöfi-Kreises“ eine informelle Strömung herausbilden, war in der Parteiführung virulent. Wirtschaftswissenschaftler übten erste vorsichtige Kritik am praktizierten Wirtschaftsmechanismus. Im Juni 1956 hatte sich bereits Professor Fritz Behrens, Direktor der Zentralverwaltung für Statistik, gegen polemische Ausfälle der Professoren Lemnitz und Naumann wegen der in einem seiner Artikel enthaltenen Darstellungen des Reallohnvergleich BRD/DDR zur Wehr zu setzen. PB und Sekretariat des ZK beschäftigten sich zur Jahreswende 1956/57 mit der „Angelegenheit Behrens/Benary“ anlässlich ihrer Broschüre „Zur ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik in der Übergangsperiode“. Nachdem der ehemalige ZK-Sekretär Kurt Vieweg, bis 1957 Professor an der Akademie für Landwirtschaftswissenschaften, von der ZPKK beschuldigt wurde, „konterrevolutionäre Vorschläge für die Agrarpolitik ausgearbeitet“ und den Versuch unternommen zu haben, „zur Verbreitung dieser Vorschläge die Parteiorganisation des Instituts für Agrarökonomie zu einer parteifeindlichen Gruppe zu organisieren“, wurde er auf PB-Beschluß im März aus der SED ausgeschlossen. Der Inhalt der erhobenen Vorwürfe: Ein Agrar-Programm zur Stärkung der kapitalistischen Elemente auf dem Lande entgegen der Generallinie der Partei [StA SED J IV 2/2–534].

Das Strafrechtsänderungsgesetz vom Dezember 1957 verschärfte das politische Strafrecht insbesondere durch Einführung einer zusätzlichen Palette neuer Straftaten. Im März 1958 beschäftigte sich das PB erneut mit dem Fall Vieweg. Mielke berichtete über das Verfahren gegen ihn, und Albert Norden wurde beauftragt, mit den Staatssicherheitsorganen über die öffentliche Auswertung des Materials zu sprechen [StA SED J IV 2/2–586]. Vieweg wurde später zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die brisanten Entwicklungen im Osteuropa des Jahres 1956/57 führten auf der Weltkonferenz der kommunistischen Parteien im November 1957 zur Losung vom „Revisionismus als Hauptfeind“. In der DDR wurde der Boden selbst moderater Kritik an der aktuellen Politik der Parteiführung, namentlich wenn sie aus dem engen Führungskreis heraus formuliert wurde, immer dünner. Die Kritik des Politbüromitglieds Schirdewan, als ZK-Sekretär für Kaderfragen zuständig, und des Staatssicherheitsministers Wollweber, Mitglied des ZK, war wie zuvor auch die von Herrstadt/Zaisser eine aus innerbürokratischen Ra-

tionalitätskonflikten erwachsene Orientierung auf innerparteiliche Reformen, die weiter gehen sollten, als es die Mehrheit des PB unter Ulbricht zuzulassen bereit war. Gerhart Ziller als ZK-Sekretär für Wirtschaft war ebenfalls dieser neuen Fraktion zuzurechnen. Sie agierte bis zu ihrer Ausschaltung ausschließlich im Apparat, und die Parteimitgliedschaft erhielt erst mit den gegen sie ergriffenen Maßnahmen Kenntnis von ihr. Diese Apparatfraktion verdient unter anderem deshalb anders als die „parteifeindliche Gruppe“ von Harich/Janka und anderen keineswegs die Bewertung „innerparteiliche Opposition“: Abgesehen davon, daß Harich/Janka und Genossen auch nie von jener Fraktion unterstützt wurden und die Fraktionäre ansonsten die schwere Verantwortung für innerparteiliche Verfolgungen der Vergangenheit stets mittrugen, fiel etwa Fred Oelssner, der gemeinhin auch zu ihnen gerechnet wird, bei der damaligen Abrechnung mit Herrstadt diesem besonders feige in den Rücken [vgl. die Aufzeichnungen von Herrstadt, a. a. O., S. 119 f., S. 139 f.] und war früher als „Parteiideologe“ stets für die einschlägigen Feierorgien der Person Stalins mitverantwortlich. Nach einer außerordentlichen Sitzung des PB am 13.12.1957, auf der Ziller sowie das ZK-Mitglied und stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats, Fritz Selbmann, über Ereignisse anlässlich der Vorstandssitzung der SDAG Wismut am 9.12.57 befragt wurden, verübte Ziller am 14.12. Selbstmord [StA SED J IV A – 558]. Dem Autor dieser Expertise ist es noch nicht möglich gewesen, die handschriftlichen Notizen im Arbeitsprotokoll dieser außerordentlichen Sitzung vom 13./14.12.1957 auszuwerten.

Als in der PB-Sitzung vom 1.11.1958 über die Zusammensetzung einer Delegation für Gespräche mit dem Präsidium des ZK der KPdSU abgestimmt wurde, entschied die Mehrheit gegen die Teilnahme von Schirdewan und Fred Oelssner. Beiden sollte die Gelegenheit verwehrt werden, vor dem ZK der KPdSU zum Plan der PB-Mehrheit Stellung zu nehmen, Schirdewan wegen des Versuchs der Zersetzung der Parteiführung von seiner Funktion als ZK-Sekretär abzusetzen. Hier stimmte allerdings auch Grotewohl gegen die Absicht der PB-Mehrheit, dies dem ZK der SED vorzuschlagen. Das Protokoll dieser Sitzung vermerkt wieder Einmütigkeit darüber, die Vorgänge bei der Wismut und die Diskussionen mit Schirdewan und Oelssner zum Gegenstand des Berichts des PB im ZK zu machen [StA SED J IV 2/2–575]. Gemäß dem Vorschlag des PB auf seiner außerordentlichen Sitzung am 1.2.1958 entthob das ZK auf seiner 35. Sitzung Schirdewan wegen Fraktionstätigkeit seiner Funktionen als Mitglied des PB und Sekretär des ZK und sprach ihm eine strenge Rüge aus. Oelssner wurde wegen Verletzung der Politbürodisziplin und „der Weigerung, sich in das Kollektiv des Politbüros einzufügen“, ebenfalls aus diesem Gremium ausgeschlossen. Wollweber, Ende 1957 als Minister für Staatssicherheit von Mielke abgelöst, schied wegen Verstoßes gegen das Parteistatut aus dem ZK aus. Das PB beschloß am 1.2.1958 auch, Grotewohl

zu ersuchen, Fritz Selbmann wegen seines Auftretens vor der SDAG Wismut aus deren Vorstand und dem Forschungsbeirat abuberufen und dem ZK vorzuschlagen, Selbmanns Verhalten schärfstens zu mißbilligen.

In diesem Zusammenhang ist ein Brief Fritz Selbmanns an das PB vom 9.3.1959 interessant. Dieser Brief ist ein Musterbeispiel für die Unterwerfungs- und Selbstbeichtigungsrитуale von in den Verdacht der Fraktionsmacherei geratenen Parteifunktionären, die ihrer Ächtung vorzubeugen suchten. Gleichzeitig gibt er Auskunft über die von der Politbürokratie damals besonders gefürchteten Haltungen innerhalb der SED. So heißt es in Selbmanns Brief zu seinen Verbindungen zu Schirdewan unter anderem: „Als alter Parteifunktionär mußte ich wissen, daß es sich um fraktionelle Gruppenarbeit handelte, in die ich mich, ob dies mir nun bewußt war oder nicht, hineinziehen ließ. Ebenso hätte ich schon damals erkennen müssen, daß diese fraktionelle Gruppenbildung die Partei schädigte, die Einheit der Führung der Partei gefährdete und die Geschlossenheit und Schlagkraft der Partei gerade in den schwierigen Situationen in den Jahren 1956 und 1957 schwächte. Daß ich dies nicht erkannte, ist mein Fehler und meine Schuld gegenüber der Partei, die ich zutiefst bedaure. Aus langjähriger Parteierfahrung weiß ich, daß Fraktionsarbeit und Gruppenbildung in der Partei unzulässig und ein der Partei gegenüber feindliches Verhalten ist. Aus voller Überzeugung verurteile ich darum auf das Schärfste die fraktionelle Arbeit der Gruppe Schirdewan und auch mein eigenes Verhalten ihr gegenüber. Ich verurteile sie vor allem auch deshalb, weil ich mir heute darüber klar bin, daß die Partei durch sie daran gehindert wurde, an die Lösung wichtiger und zur Entscheidung herangereifter Aufgaben heranzugehen, wie auf dem Gebiet der Landwirtschaftspolitik, des Schulwesens und all jener Aufgaben zur Beschleunigung des Tempos des Aufbaus des Sozialismus, die in dem auf dem 30. Plenum beschlossenen großen Programm enthalten sind.“

Wenn Selbmann ähnlich wie Schirdewan zuvor die verhängnisvollen Konsequenzen einerseits der Reformfeindlichkeit und andererseits eines 1958 auf dem V. Parteitag tatsächlich eingeleiteten wieder forcierten ehrgeizigen Wirtschaftskurses mit der unrealen Zielsetzung, Westdeutschland bis 1961 im Pro-Kopf-Verbrauch bei Nahrungsmitteln und Konsumgütern zu übertreffen, erkannte, so war diese Erklärung in höchstem Maße verlogen. Tatsächlich führte dieser Kurs die DDR dann 1960/61 auch in die nach 1952/53 zweite große wirtschaftliche Krise.

An anderer Stelle heißt es in diesem Brief: „Die Schirdewan-Gruppe zog, für mich erkennbar seit Beginn des Jahres 1956 an, eine falsche Lehre aus den Feststellungen des XX. Parteitages, und ich muß zugeben, daß hierin auch bei mir Schwankungen bestanden. Diese falsche Schlußfolgerung bestand darin, daß behauptet wurde, daß auch in unserer Partei Erscheinungen des Personenkults und der Verletzung der Leninschen Normen des Parteilebens

vorhanden seien, über die die Partei diskutieren und die man beseitigen müsse.“ In Anbetracht der Tatsache, daß selbst einfache Parteimitglieder mehr und mehr die gesamte bisherige Geschichte der SED als eine unablässige Folge der Verletzung Leninscher Parteinormen zugunsten Stalinscher erkannten, ist auch diese Bezeichnung besonders dreist und verlogen. Trotzdem war das PB auch mit einem solchen Brief nicht zufriedenzustellen: Das PB empfahl Selbmann in seiner Stellungnahme vom 23.6.1959, nach Einsicht in Schirdewans Erklärung, die seine zu ergänzen [StA SED J IV 2/2–655].

Dem V. Parteitag im Juli 1958 gingen wieder umfangreiche Säuberungen voraus: In Neuwahlen wurden kritische Funktionäre abgelöst und nahezu ein Drittel der hauptamtlichen Parteiarbeiter in den SED-Bezirksleitungen ausgetauscht [Hermann Weber, a. a. O., S. 79]. Ein bemerkenswerter Fall war die auf Beschluß der ZPKK vom 17.3.1958 verfügte und vom PB auf seiner Sitzung vom 1.4.1958 bestätigte Ablösung von Bruno Haid als stellvertretender Generalstaatsanwalt der DDR. Haid nahm 1956 unter anderem auch an den Sitzungen der Kommission des ZK zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern teil [StA SED J IV 2/2–474]. Die Ablösung zuzüglich der Rüge als Parteistrafe wurde ausgesprochen, „da er den notwendigen Kampf gegen Feinde der DDR vernachlässigt hat.“ Seine Bemühungen um materielle Hilfe für den – wie es damals hieß – „vorübergehend inhaftierten“ Genossen Schrecker (vgl. den PB-Beschluß vom 25.11.1952 über die Einleitung von Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Slansky-Prozeß in der CSR – siehe auch Seite 1039 dieser Expertise) wurden, da dieser nicht vollständig rehabilitiert war und insofern keinen Anspruch auf Entschädigung hatte, als politische Demonstration gewertet. Gerügt wurde insbesondere, daß diese Unterstützung „im Wohnbezirk des Genossen Schrecker in Leipzig allgemein bekannt geworden“ sei. Diese entlarvende Begründung verdeutlicht unfreiwillig die Furcht selbst vor indirekter Kritik früherer Disziplinierungen. Zum zweiten war ein von ihm im Dezember 1956 an Ulbricht gerichteter Brief, in dem Haid rechtliche Bedenken in Form von Zweifeln an der strafrechtlichen Relevanz der damals gegen Janka und Steinberger erhobenen Vorwürfe äußerte, eineinhalb Jahre später (!) Anlaß für den nun gegen ihn gerichteten Vorwurf, hier hätte Haid Positionen der entlarvten Schirdewan/Wollweber-Gruppe bezogen. Schließlich warf ihm die ZPKK vor, die Wiederaufnahme des Prozesses eines unberechtigterweise zu einer drakonischen Haftstrafe verurteilten Bürgers zugelassen zu haben, bei dem „das Bezirksgericht in Leipzig . . . sich alle Mühe (gab) in diesem Prozeß zu beweisen, daß das Ministerium für Staatssicherheit unzulässige Untersuchungsmethoden anwandte.“ Die seitens Haid vorgenommene Beratung der prozeßführenden Juristin, die „von ihm ein Vorgehen in seiner Eigenschaft als Staatsanwalt gegen das Ministerium für Staatssicherheit zu erreichen“ suchte, wurde als Behinderung des „richtigen politischen Kampfs der Bezirksleitung der SED Erfurt“ gegen die auf eine „falsche Entscheidung

des Obersten Gerichts“ zurückzuführende Haftentlassung des betreffenden Bürgers verurteilt [StA SED J IV 2/2 587].

6. *Parteidisziplinarische Normalität unter Ulbricht*

Die Jahrzehntwende brachte jedoch auch moderatere und sogar selbstkritische Tendenzen beim Umgang mit den Mitgliedern der eigenen Partei. Ein Beispiel für ersteres ist die Frage der „Anerkennung der durchgehenden Mitgliedschaft bei Parteimitgliedern, die vor 1933 einer parteifeindlichen Gruppe angehörten.“ Die 1951 tätige Überprüfungscommission (vgl. S. 1037 dieser Expertise) rechnete damals diese Mitgliedschaft im Falle des Ausschlusses oder Austritts aus der KPD oder SPD zugunsten der Beteiligung an parteifeindlichen Gruppierungen erst ab Wiedereintritt an. Wer als SAP-Mitglied früher weder der KPD noch der SPD oder wer früher nur der SPD angehörte, bekam die ununterbrochene Mitgliedschaft ebenfalls angerechnet [StA SED J IV 2/2–125]. Oben wurde entwickelt, wie gefährlich eine Parteivergangenheit mit ehemaliger Mitgliedschaft in solchen als parteifeindlich eingestuften Organisationen während dieser Zeit der massiven präventiven Säuberungen war. Im Januar 1959 schlug nun das PB dem ZK vor: „Bei der Überprüfung von Anträgen von Parteimitgliedern auf Anerkennung der durchgehenden Mitgliedschaft, die vor 1933 parteifeindlichen Gruppierungen angehörten, darf man nicht allein nach der Zugehörigkeit zu einer parteifeindlichen Gruppierung entscheiden. Im Vordergrund der Beurteilung muß stehen: Hat dieser Genosse politische richtige Schlußfolgerungen aus seinem damaligen Verhalten gezogen; war sein Verhalten während der Nazizeit einwandfrei und hat er in den illegalen Gruppen aktiv mitgearbeitet? Ferner sollte man sich auch davon leiten lassen, wie sein Verhalten nach 1945 war und was er bis heute in Produktion und Gesellschaft geleistet hat.“ [StA SED J IV 2/2–626]

Diese unscheinbare Verfügung hat über die Befriedigung von Bedürfnissen mancher SED-Mitglieder nach einem höheren Parteilager hinaus eine nicht zu unterschätzende politische Bedeutung: Ungeachtet der hier enthaltenen Aufforderung zur Fortschreibung von Subalternität als Verrechnungseinheit von politischen Sünden demonstrierte diese Anweisung tendenziell das Ende der potentiellen Verurteilung a priori von früherem organisiertem Abwechlerum, also das Ende von bisherigen Praktiken der vierziger und fünfziger Jahre. Man hielt offenbar die Zeit für gekommen, die Furcht vor terroristischer Disziplinierung zugunsten von Integration abzulösen. Daß dies keineswegs den Verzicht auf Repression in Fällen politischer Zweckmäßigkeit bedeutete, sollte sich noch erweisen.

Ein anderes Beispiel, diesmal für ein bemerkenswertes Maß an Selbstkritik, ist der zur Sitzung des PB am 21.2.1961 vorgelegte „Bericht der ZPKK über

die Ergebnisse und Erfahrungen ihrer Arbeit im Kampf um die Einheit und Reinheit der Partei“. Im Vorspann dieses Berichts wird gleich zu Beginn darauf verwiesen, daß Sektierertum und Dogmatismus sich zeigten u. a. „- in einer Kaderarbeit, bei der Genossen zu einseitig, nur nach vorliegenden Unterlagen eingeschätzt werden, wobei häufig Fehler aus der Vergangenheit oder sogar nicht erwiesene Anwürfe zu ihrer Beurteilung genommen werden.“ Der Bericht zählt dazu eine große Anzahl von eindrucksvollen konkreten Vorgängen solcherart hysterischer Maßregelungen und willkürlicher Untersuchungen durch Parteiorgane und Fälle von Arroganz der Macht von Parteileitungen, auch bei PKK, auf. Selbstverständlich geht die Offenheit nicht so weit, zu verdeutlichen, daß diese kritisierten Praktiken folgerichtiges Ergebnis über zehnjähriger Praktiken u. a. gerade der kritisierenden ZPKK waren.

Der Bericht enthält aber auch eine Fülle von Beispielen für Widerspruch und zum Teil sogar organisierten Widerstand in Parteigrundorganisationen und aus Parteileitungen heraus. So heißt es unter anderem: „Von ehemaligen Mitgliedern der KPD wird verschiedentlich noch eine solche Meinung vertreten, daß der Aufbau des Sozialismus in der DDR nicht ihren Vorstellungen entspricht. Persönliche Enttäuschung und Verbitterung darüber, daß die Parteileitungen sie nicht genügend zur verantwortlichen Mitarbeit herangezogen haben, förderten dabei manchmal ihre negative und passive Einstellung“. Es war im Bericht von unerkannten Erscheinungen feindlicher Ideologien in Parteiorganisationen Karl-Marx-Stadts, Magdeburgs und Neubrandenburgs sowie von Auffassungen wie über den undemokratischen Charakter der Wahlen, die nötige Wiederzulassung der SPD und diktatorische Verhältnisse in der SED, vertreten in der Ortsparteiorganisation Gornau, die Rede. Es hieß: „In der Parteiorganisation im Holzverarbeitungswerk Klosterfelde wurde offen die Forderung nach einem 'menschlichen Sozialismus' erhoben und mit einem neuen 17. Juni gedroht.“ Es „konnte in der APO Entwicklungsbau Pirna . . . eine parteifeindliche Gruppe eine offene Hetze gegen Partei und Regierung entfalten, die von dem größten Teil der Mitglieder unterstützt und geduldet wurde. Diese parteifeindlichen Kräfte gehörten der Parteileitung an und bereiteten das Referat mit der feindlichen Konzeption vor. In diesem Referat forderten sie, daß der aufgeblähte Partei- und Staatsapparat eingeschränkt werden muß. Es wurden solche Äußerungen gemacht, daß die DDR kurz vor dem Zusammenbruch stände und unsere Zeitungen die Massen beschwindeln. . . . Die Hauptprovokateure wurden aus der Partei ausgeschlossen.“ Der Bericht spricht von der Entsendung von Delegationen und von Unterschriftensammlungen sowie von Streiks mit unterschiedlicher Beteiligung und Dauer: „Vom 1.6.1960 bis 7.1.1961 gab es in den Betrieben der Stadt Magdeburg 20 Streiks mit 177 Beteiligten.“ In einer unvollständigen Übersicht ist für das Jahr 1960 im Bezirk Dresden von 84, im Bezirk Karl-Marx-Stadt von 48 und im Bezirk Erfurt von 23 Streiks die Rede. „Die Analyse der Streiks zeigt . . .

daß Mitglieder der Partei sich an ihnen beteiligten und in einigen Fällen zu Organisatoren von Streiks wurden.“ Es wurde eingeräumt, daß „bei einem Teil der Genossen, die sich an den Streiks beteiligten oder sie sogar organisierten, ... die Handlungsweise, wie die Untersuchungen ergaben, nicht immer aus einer feindlichen Einstellung zur Partei oder zum Arbeiter-und-Bauernstaat (entsprang). Sie hatte manchmal ihre Ursache in der falschen Auslegung der sozialistischen Demokratie durch diese Mitglieder.“ [StA SED J IV 2/2-751]

Die bald nach dem Mauerbau 1961 beginnende innenpolitische Entspannung und die Ablösung des Terrors durch dosierte Repression war verbunden mit Versuchen, durch eine erfolgreichere Wirtschaftsentwicklung und die Erhöhung des Lebensstandards auch oppositionelle Stimmungen gerade unter der Parteimitgliedschaft abzubauen. Begünstigend und vertrauensbildend wirkte sich hier die zweite Welle formaler Entstalinisierung aus, deren Impuls wiederum aus der Sowjetunion mit dem XXII. Parteitag der KPdSU kam und die die SED in größerem Umfang als 1956 mitmachte. Medien- und kulturpolitische Lockerungen der Jahre 1962/63 taten ein übriges. Die Effektivierung des Wirtschaftsmechanismus und die relativ weitgehenden Versuche, ein „Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ (NÖSPL) zu induzieren, versprachen die Voraussetzungen für eine solche modifizierte Politik zu schaffen. Herrschaftsstabilisierende Integration statt terroristische Formierung und flexible Anpassung an die Realbedürfnisse statt autoritäre Indoktrination funktionierten jedoch nur bis zu systemimmanenten Grenzen des sich nun herausbildenden poststalinistischen Politbürokratismus. Dessen autoritärer Kern war das unangetastete Monopol einer durch nichts als sich selbst legitimierten Parteiführung.

Die ersten Probleme ergaben sich zu Zeiten relativer Ruhe an klassenkämpferischen Fronten und während des kreativen Aufbruchs im Wirtschaftsbereich dann auch folgerichtig in der Kultur und der Wissenschaft. Ulbricht forderte im Dezember 1963 auf einer PB-Sitzung in seinem Redebeitrag zu Verners Bericht „über die Maßnahmen, die sich aus der Bezirksleitungssitzung Berlin ergeben“, an die Adresse der BL: „Ich bin dafür, daß die Abteilung Parteiorgane feststellt, welche Veranstaltungen in den Bezirken stattfinden, welche Wissenschaftler dort sprechen. Ihr müßt in Berlin das geistige Leben organisieren, sonst wird euch das der Havemann organisieren. Wenn Havemann solche Sachen organisiert, dann kann sich die ZPKK damit befassen, wenn ihr aber nicht das geistige Leben organisiert, dann werden wir euch kritisieren.“ [StA SED J IV 2/2A - 1001]

Soweit sich Disziplinierungen wieder kampagnenhaft gegen Personen richteten, war das Vorgehen gegen Robert Havemann beispielhaft – nicht so sehr wegen der Schärfe dieses Vorgehens, sondern als Beispiel für die neuen Randbedingungen parteipolitischer Repression. Der Vorwand eines Interviews

Havemanns im „Hamburger Echo“ führte in der Sitzung des Sekretariats des ZK am 12.3.1964 zu Beschlüssen hinsichtlich seiner Ablösung als Fachrichtungsleiter und Abberufung als ordentlicher Professor mit Lehrstuhl an der Humboldt-Universität, über die Anordnung eines Parteiverfahrens gegen ihn an der HU mit anschließender Parteiaktivtagung zwecks Stellungnahme in der Sache Havemann und Beschlußbegründung sowie über eine Parteiversammlung an der Grundorganisation Chemie. Verbunden wurde dies mit einschlägigen von Hager zu veranlassenden Pressemitteilungen. Die Begründung für die Entlassung lautete: Verletzung der Treuepflicht; die Begründung für das Parteiverfahren: statutenwidriges Verhalten [StA SED J IV 2/3–958]. Dieser Sekretariatsbeschluß ist am 17.3. vom PB bestätigt worden [StA SED J IV 2/2–924]. Das Sekretariat des ZK bestätigte in seiner Sitzung am 16.7.1964 auch die Ablehnung des Einspruchs Havemanns gegen seinen Parteiausschluß vom 13.3.1964. Die ZPKK bescheinigte ihm in ihrem Beschluß vom 24.6.1964 parteifeindliches Verhalten, wobei vor allem seine Publikationstätigkeit in der BRD ins Gewicht fiel. Tatsächlich aber werden die von ihm gehaltenen Vorlesungen an der Humboldt-Universität für sehr viel gefährlicher gehalten worden sein. In der beigelegten Information über die Aussprachen mit Havemann hieß es zu seinen „offenen und versteckten Angriffen gegen die Linie und Beschlüsse der Partei“: „Diese fortgesetzten Angriffe beziehen sich auf die Wirtschafts- und Kulturpolitik der Partei und auf Grundfragen der marxistisch-leninistischen Weltanschauung. . . . Bereits 1956, zur Zeit der Ungarn-Ereignisse, vertrat er parteifeindliche Auffassungen. Er meinte damals: 'Die Ereignisse in Ungarn und Polen würden lehren, daß die Volksmassen nach Demokratisierung drängen. Sollte die Partei das zu bremsen versuchen, wird sie von den Massen getrieben, und über diese Bremsen (die Partei) wird die Geschichte hinweggehen.'“ Zusätzlich legte das Sekretariat Wert auf die Sicherung der Abberufung Havemanns als Leiter der Arbeitsstelle für Photochemie der DAW und die ideologische Bearbeitung der Mitglieder und Mitarbeiter der Akademie [StA SED J IV 2/3–994].

Hier sollte die gesellschaftliche und politische Isolierung durch Berufsbehinderungen und Berufsverbote, früher als selbstverständliche, aber eher ergänzende oder flankierende Maßnahmen bereits üblich, zum Hauptinstrument der Repression werden, wenn die politischen Unkosten einer Inhaftierung zu hoch schienen.

Das im Dezember 1965 durchgeführte berüchtigte 11. „Kulturplenum“ des ZK ist inzwischen weithin ausgewertet worden. Mit dieser Offensive gegen „Skeptizismus“, „ideologische Aufweichung“ und „Diversion“ sollten nicht nur Schriftsteller und Wissenschaftler wie Heym, Havemann und Biermann oder Filmemacher und Drehbuchautoren als Personen getroffen werden, sondern es wurde unter der Legende einer stärkeren Einflußnahme der demokratischen Öffentlichkeit auf Literatur und Kunst in Wirklichkeit der

bürokratische Durchgriff der Parteiführung auf diese Bereiche verstärkt. In der Folgezeit wurden ein Beirat für Film beim Ministerium für Kultur geschaffen und die Gründung der Verbände der Theater- sowie der Film- und Fernsehschaffenden veranlaßt.

Danach, im Februar 1966, ging es schon um die „weitere Taktik zur politisch-ideologischen Zerschlagung der Ansichten Havemanns, Heyms, Biermanns und Bielers und ihrer politischen Isolierung.“ So lautete ein Tagesordnungspunkt der Sitzung des Sekretariats des ZK am 23.2.1966. Unter Bezugnahme auf das 11. Plenum hatten die Abteilungen Wissenschaft und Kultur beim ZK weitere Kampagnen zu organisieren. Ein Presseplan zur „Zerschlagung der philosophischen und politischen Ansichten Havemanns“ sollte von der Abteilung Wissenschaft ausgearbeitet und ein „detailliertes Material über Biermanns schädliche Auffassungen und eine Analyse seiner Machwerke“ vom Sekretariat des Deutschen Schriftstellerverbands (DSV) dessen Bezirksverbänden zur Verfügung gestellt werden. Zusätzlich sollte Biermann auf die strafrechtliche Relevanz des Vertriebs seines Buches „Die Drahtarfe“ oder anderer seiner Schriften und auf ein Arbeitsverhältnis in einem kleineren oder mittleren Betrieb hingewiesen werden. Verantwortlich für die Verwirklichung jener letzten, vom Leiter der Hauptverwaltung Verlage im Ministerium für Kultur (MfK) zu vollziehenden Maßnahme war nach dem Willen des Sekretariats übrigens Bruno Haid.

Weiterhin hatte der DSV in Verantwortung seines Sekretariats „eine Arbeitsgruppe zu bilden, die Heyms politische Auffassungen . . . besonders seit 1956 analysiert. Von dieser Gruppe muß nachgewiesen werden, daß es sich nicht um diese oder jene Einzelercheinung handelt, sondern um ein zusammenhängendes System politischer Auffassungen Heyms.“ Die Agitation im Ausland sollte ebenfalls das Sekretariat des DSV mit Hilfe des MfAA organisieren. Die Bearbeitung Heyms zum Zwecke der Unterbindung seiner „Propaganda gegen die Politik der DDR und der weitere(n) Propaganda für sein Buch 'Tag X'“ sollte wiederum Bruno Haid seitens des Ministeriums für Kultur organisieren.

Dem Autor Manfred Bieler sollte sein CSSR-Visum abgenommen werden, und der DSV hatte ihn in ein festes Arbeitsverhältnis einzureihen. Darüberhinaus hatte der DSV zu eruieren, ob Bieler die in der DDR verfeimten „Machwerke“ ('Das Kaninchen bin ich' und 'Zaza') im Ausland unterzubringen versuchte oder entsprechende Angebote hatte [StA SED J IV 2/3–1155].

In diesen Maßnahmen zeigte sich im übrigen auch die in der DDR nun überwiegend praktizierte Form des Berufsverbots: Nicht die Unterbindung, sondern die administrative Verfügung restriktiver Zuweisungen von Beschäftigung nach Kriterien politischer Zweckmäßigkeit war der Inhalt solcherart Disziplinierung. Hier sollte die berufsgebundene Möglichkeit oppositionellen Handelns verhindert werden. Diese Form von Repression sollte im Nachbar-

land CSSR nach der militärischen Intervention zur Beendigung des „Prager Frühlings“ in bis dahin nicht gekanntem Ausmaß praktiziert werden. Tausende von Wissenschaftlern, Journalisten, Künstlern und ehemaligen Parteifunktionären wurden dort im Vollzug von Husaks „Normalisierungspolitik“ aus ihren Berufen geworfen. Die DDR hat in den siebziger Jahren hier dem Prinzip nach ganz sicher von der CSSR gelernt. Dabei wurden die Möglichkeiten der strafrechtlichen Verfolgung politischer Opposition nicht abgebaut: Das 1968 angenommene Strafgesetzbuch der DDR brachte, so fortschrittlich es auch ansonsten war, eine Ausweitung und Verschärfung des politischen Strafrahmens mit sich.

Die Renaissance linken und marxistischen Denkens in der BRD und die in den Diskussionen der Außerparlamentarischen Opposition sowie der „Neuen Linken“ seit Mitte der sechziger Jahre thematisierten Inhalte haben gerade auf jüngere Intellektuelle der damaligen DDR zumindest punktuellen Einfluß gehabt. Namentlich die Wiederentdeckung von durch die stalinisierten kommunistischen Parteien verfeimten linken Theoretikern, die Anti-Vietnam-Kriegsbewegung und der neue Politikstil in diesem Milieu hatte vor dessen Versektung in diversen K-Gruppen der siebziger Jahre auch für junge kritische SED-Mitglieder eine hohe Attraktivität.

Die Ereignisse in der CSSR während des Jahres 1968 und ihre Besetzung im August hatten jedoch gerade für die Mitgliedschaft der SED erheblichere Auswirkungen. In den Unterlagen der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS findet sich zum Beispiel eine „Auskunft über das System und die Methoden der Feindtätigkeit zur Durchsetzung der Ziele der sog. neuen Ostpolitik, besonders gegenüber der CSSR, über ihre Auswirkungen in der CSSR und über die Versuche zur Ausnutzung der Vorgänge in der CSSR zur Forcierung der politisch-ideologischen Aufweichungs- und Zersetzungstätigkeit gegen die DDR“ von Anfang Mai 1968. Es heißt hier, infolge der Entwicklung in der CSSR „... kommen bei Teilen der Studenten und der Lehrkörper der Universitäten und Hochschulen, der Kulturschaffenden und der Angehörigen der Intelligenz solche Tendenzen wieder zum Durchbruch, wie sie im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen über Havemann und vor dem 11. Plenum des ZK der SED festzustellen waren.“ Insbesondere „... bemängeln Mitglieder der SED und andere progressive Kräfte, daß es ihnen schwer fällt, mit den durch unsere Publikationsorgane veröffentlichten Fakten und Einschätzungen den Einschätzungen und Argumenten ... des Tschechischen Rundfunks und der CSSR-Presse entgegenzutreten.“ Der Bericht konstatierte vor allem an der HfÖ und im DSV größere Unruhe [BStU, ZA – ZAIG, o.Nr.]. Nach dem Einmarsch der Truppen der Warschauer Vertragsstaaten informierte das MfS über vereinzelte Parteiaustritte bzw. deren Ankündigung [BStU, ZA – ZAIG, Nr. 1568]. In beiden Dokumenten ist davon die Rede, daß sich im Querschnitt die innerhalb der Partei geäußerten

kritischen Haltungen zu den Vorgängen in der CSSR nicht von denen in der Bevölkerung unterschieden. Es gibt noch keine Übersicht zum Ausmaß der insbesondere Parteimitglieder betreffenden Repressionen wegen ihrer Haltung zur CSSR-Problematik.

7. *Anpassung und Widerstand im „real existierenden Sozialismus“ der siebziger Jahre*

Die Ereignisse in Polen hatten ebenfalls einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Entwicklung in der DDR. Die eskalierende wirtschaftliche Krise und der offensichtliche Verrat an den Arbeitern Polens (1970 wurden sie von Gomulka zusammengeschossen und dann von Gierek betrogen) machten drastisch klar, wie gefährlich soziale Friktionen aufgrund wirtschaftlicher Einbrüche werden konnten. Die wirtschaftlichen Probleme ausgangs des Ulbrichtschen NÖSPL deuteten sich in der DDR gerade an. Hier schlugen sich beide Sachverhalte nun auf ihre Weise nieder: Die Furcht der DDR-Bürokraten vor „polnischen Ereignissen“ im eigenen Land leitete die innenpolitische Befriedungsstrategie der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ unter Honecker ein: Obrigkeitsstaatlich gewährte Wohlfahrt für jeden gegen politisches Wohlverhalten aller sollte der Furcht der Bürokratie vor Massenempörung abhelfen. Dieser zynische „Sozialvertrag“ schien lange Zeit auch nicht schlecht zu funktionieren. Doch der Schein war trügerisch. Er produzierte nicht nur massenhaft (durchaus gewollte) politische Apathie, sondern setzte auch die flächendeckende Leistungsverweigerung und „passive Sabotage“ der immer stärker demoralisierten subalternen Schichten der Bevölkerung in wachsendem Ausmaß fort: Die Arbeiterklasse war trotz allumfassender politischer Überwachung und Disziplinierung durch den Apparat des MfS ökonomisch so gut wie überhaupt nicht erpreßbar, und die technische Intelligenz blieb in Erfahrung verstärkter dilettantischer Gängelei durch Bürokraten absolut demotiviert. Der scheinbare Ausweg sollte sich als Sackgasse erweisen: Leistungsschwäche und Innovationsträgheit waren die Kennzeichen einer disregulierten Ökonomie, die immer weniger im selbst ausgerufenen „Systemwettbewerb“ zu bestehen vermochte und schließlich in den achtziger Jahren auch zunehmend die vielgepriesenen sozialen Errungenschaften gefährden sollte. Der wachsenden gesamtgesellschaftlichen Desillusionierung entsprang aber damals keineswegs die Sprengkraft subversiver oder gar revolutionärer Massenpotentiale. Das andererseits zunehmende intellektuelle Protestpotential blieb abgeschottet von den eigentlichen Opfern dieser Entwicklung. Auch für innerparteiliche Oppositionelle, nach wie vor unter erheblichem Verfolgungsdruck stehend, gab es in den siebziger Jahren so gut wie keine Möglichkeiten, sich anders als konspirativ zu betätigen.

In der DDR kam es Anfang der siebziger Jahre nach dem Abflauen der Disziplinierungswelle im Zusammenhang mit den Prager Ereignissen und dem Wechsel zur wirtschaftspolitischen Rezentralisierung in Gestalt der Ablösung Ulbrichts durch Honecker zu einer kulturpolitischen Öffnung. Auch die überwinterten Parteioppositionellen aller Couleur hatten endlich wieder Anlaß zu verrückt-verzweifelten Hoffnungen: Gerade unter Parteiintellektuellen und Künstlern wollte man wohl daran glauben, daß Honeckers Parole von Tabufreiheit in der Kultur ebenso ernst gemeint wie auf die ganze Gesellschaft gemünzt war. Eine Reihe von selbstbestimmten Kulturveranstaltungen wie etwa in Berlin der „Kramladen“ und der „Eintopp“ unter der Regie der Liedermacherin Bettina Wegner und des Schriftstellers Klaus Schlesinger öffneten bis zu ihrem Verbot bemerkenswerte Artikulationsräume. Als dann erneut das böse Erwachen mit dem Ausbürgerungsdiktat gegen Biermann 1976 kam, warf man die intellektuellen Protestler nach dem Prinzip „teile/korruptiere/diszipliniere“ leicht aus der brüchigen Einheitsfront, schritt zu Verhaftungen mit dem Ziel der Erzwingung der Ausreise (wie im Falle von Jürgen Fuchs und Gerulf Pannach) und leitete eine die ganze Gesellschaft erfassende Welle von Heuchelei, Zynismus und verlogendem staatsoffiziellem Selbstbewußtsein ein. Kaum bekannt ist aber, daß bereits 1975 das PB in seiner Sitzung vom 24. Juni das Szenario der Zwangsausbürgerung für einen anderen früher aus der SED gekommenen Oppositionellen ausarbeitete: Es wurde beschlossen, Robert Havemann durch den zuständigen Staatsanwalt der Abteilung I strafrechtliche Maßnahmen wegen staatsfeindlicher Hetze im schweren Fall androhen zu lassen. Weiterhin wurde beschlossen, daß im Falle der Fortsetzung dieserart Publikationstätigkeit in westlichen Publikationsorganen die zuständigen Organe nicht etwa das angedrohte Ermittlungsverfahren, sondern „seine Ausweisung aus der DDR entsprechend Par. 13 des Staatsbürgergesetzes vornehmen und daß innerhalb der gesetzlich zulässigen Frist von 24 Stunden Havemann mitgeteilt wird, daß er aus der Staatsbürgerschaft der DDR entlassen wird und von den zuständigen Organen über die Staatsgrenze zu setzen ist.“ [StA SED J IV 2/2–1568]

Diese dann an dem im Westen auf genehmigter Konzertreise befindlichen Biermann heimtückisch exekutierte Maßnahme führte im November 1976 zur schwersten Krise der Beziehungen zwischen der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz und der Politbürokratie seit 1965. Unter den in der Folgezeit in die Bundesrepublik getriebenen Autoren war eine ganze Reihe von ehemaligen Parteimitgliedern, die zum Teil auch in Partei- und Verbandsfunktionen tätig waren. Eine neue Methode bestand in diesem Zusammenhang auch in der Aushändigung von Dauervisa für den Aufenthalt im westlichen Ausland bei gleichzeitiger Behinderung der Arbeits- und Veröffentlichungsmöglichkeiten in der DDR. Man versprach sich davon, die Glaubwürdigkeit der Kritik unangepaßter Autoren an den Zuständen in der

DDR durch ihre privilegierte Ferne zu untergraben und sie langfristig ganz loszuwerden zu können, ohne sie mit hohen politischen Unkosten (wie im Falle Reiner Kunzes 1977) ausbürgern zu müssen. Wenn gar nichts half, drohte man wie im Falle von Bettina Wegner noch zusätzlich mit strafrechtlichen Maßnahmen, um die ständige Ausreise zu erzwingen. Die Disziplinierung von noch in der DDR lebenden Personen, die im Westen publizierten, erfolgte nun auch durch die Inszenierung von sogenannten „Devisenvergehen“, wie im Falle Heym und Havemann, um nach außen hin den Eindruck zu erwecken, diese Autoren lebten nicht nur im fetten Westspeck, sondern betrogen zusätzlich noch die DDR.

Der Autor dieser Expertise hat selbst erlebt, wie in den Jahren 1976–78 an der Akademie der Wissenschaften der DDR vor allem die befürchtete oder vollzogene Beteiligung von Parteimitgliedern an den Protesten gegen politisch motivierte Repressionen von den Partei- und staatlichen Leitungen mit panischem Eifer als besonders gefährlich abzuwehren versucht und die Berufung parteigebundener oder parteiloser Wissenschaftler auf Marx, Luxemburg und jene sozialistischen Essentials, die die Parteiführung fortlaufend mißachtete, hysterisch verfolgt wurden. Ein weiteres Problem entstand durch die eurokommunistischen Umorientierungen vieler westeuropäischer Parteien. Die weitgehende Ablehnung dieser Entwicklungen durch die SED-Parteiführung kollidierte mit dem Bestreben, die dahinter liegenden politischen Widersprüche nicht zum Thema von Diskussionen in der SED werden zu lassen.

Die Einsicht, als Marxist in der DDR geradezu folgerichtig zum Staatsfeind werden zu müssen, wenn man nicht Abstand von jeder politischen Aktivität nehmen wollte, hat sich auch bei einer kleinen Minderheit von Parteimitgliedern durchgesetzt. In Berlin arbeiteten zu dieser Zeit parallel wenigstens drei aus SED-Mitgliedern bestehende konspirative Gruppen bzw. Zirkel, die zum Teil mit anderen Zirkeln und untereinander vernetzt waren und von den Sicherheitsorganen als Operativer Vorgang geführt bzw. als Einzelpersonen erfasst wurden. So informierte zum Beispiel das MfS die ersten Sekretäre der SED-Bezirksleitungen Berlin und Leipzig 1978 detailliert „über die staatsfeindlichen Aktivitäten von Personen in der Hauptstadt der DDR, Berlin sowie in Leipzig“. In der Hausinformation des MfS vom 14.1.1978 war die Rede von zwei auf einer „gemeinsamen politischen Plattform zur Umwandlung der Partei und zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR“ arbeitenden Gruppen mit statuarisch festgelegten Regeln der konspirativen Arbeit und der Arbeit mit Sympathisanten zum Zwecke der Einbeziehung [BStU ZA – ZAIG – o. Nr.]. Diese Gruppen bestanden hauptsächlich aus Absolventen der Wirtschaftswissenschaftlichen Sektion der „Karl Marx-Universität“ Leipzig, der Handelshochschule Leipzig, der Humboldt-Universität Berlin sowie aus Studenten und anderen Personen. Sie waren fast alle SED-Mitglieder und arbeiteten als wissenschaftliche Nachwuchskader

unter anderem am Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der AdW Berlin, auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften sowie in einem Fall als betriebswirtschaftlicher Fachgebietsleiter in Leipzig. Ihre Zirkelarbeit gestaltete sich im Selbstverständnis marxistischer antibürokratischer Positionen und schloß konspirative Verbindungen unter anderem zur trotzkistischen „Gruppe internationale Marxisten“ (GIM) ein.

Dies ist einer der wenigen Fälle, wo die so oft legitimatorisch unterstellte trotzkistische Verbindung bestand, ohne daß sich aber damit das Selbstverständnis der Beteiligten erschöpfend beschreiben ließe. In die Öffentlichkeit traten diese Gruppen mit der Publizierung eines solidarisch-kritischen Offenen Briefs an den ausgebürgerten Wolf Biermann in linken Zeitschriften der BRD. Die angestrebte Intensivierung der Verbindungen nach Osteuropa, insbesondere nach Polen, das Vorhaben eines Offenen Briefes an die Mitglieder der kommunistischen und Arbeiterparteien anlässlich des 60. Jahrestags der russischen Oktoberrevolution und Geldsammlungen für die streikenden polnischen Arbeiter in Radom veranlaßten die Organe der Staatssicherheit, diese Gruppe zu zerschlagen. Hier wagte man es schon nicht mehr, durch Inhaftierungen die offiziellerseits immer wieder beschwörend behauptete Abwesenheit einer innerparteilichen oppositionellen Tendenz Lügen zu strafen. Dies traf allerdings nicht für die Aktivisten einer maoistisch orientierten konspirativen Gruppe zu, deren Verbindung zur SED jedoch auch nicht derartig stringent war.

Das Beispiel des aus der SED kommenden Rudolf Bahro und die Veröffentlichung seines 1977 in der Bundesrepublik erschienenen Buches „Die Alternative“ beweisen, daß gerade die Intellektuellen in der DDR und namentlich die linientreuen Gesellschaftswissenschaftler sich hinsichtlich ihrer Kopflangerschaft weder damals noch heute auf die (ja auch und gerade von ihnen betriebene) systematische Verfälschung marxistischer Theorie in Gestalt des „ML“ und den Versuch der Abriegelung des geistigen Lebens vor „gefährlichen Ideen“ insbesondere linksoppositioneller Tendenz herausreden können: Selbst wer sich freiwillig ausschließlich der offiziellen Indoktrination aussetzte, mußte zusätzlich auch noch das eigene Denken zusammen mit der Fähigkeit des Wahrnehmens der DDR-Realität suspendieren, um diese widersprüchliche Realität nur noch affirmativ reflektieren zu können. In Wahrheit war jener gerade bei privilegierten Parteintellektuellen gut ausgebildete individuelle Instinkt für die hohen sozialen und materiellen Kosten von Opposition vor allem in der SED und gegenüber der Politik der dort Herrschenden maßgeblich. Wer also anders als Bahro sich trotz seines kritischen Begriffs von den herrschenden Verhältnissen nicht in Gefahr bringen wollte, konnte unter Verzicht seiner Privilegien nur noch aussteigen oder mußte diesen für den größten Teil der DDR-Wissenschaftler typischen zynisch-abgeklärten Erfüllungsvertrag wider das eigene politische oder wissenschaftliche Gewissen mit den Herrschenden abschließen. Hier haben die Herrschaftstechniken der Bürokratie überwiegend

zuverlässig funktioniert, so daß es in der DDR möglich ist, unter den prominenten Wissenschaftlern die Beispiele entschiedener Opposition gegen den real existierenden Politbürokratismus schnell aufzuzählen. Offen ist nach wie vor die Analyse des Umfangs solchen Widerstands oder Widerspruchs unter den einfachen Parteimitgliedern. Hier konnte hemmungsloser zugeschlagen werden, weil die Gefahr der Publizität hier nicht so groß war. Allein deshalb ist diese schwierige Recherche um so wichtiger.

Bahro brachte nun mit seinem Buch zum ersten Mal wichtige Strukturelemente des poststalinistischen Politbürokratismus auf den Begriff. Folgerichtig wurde er wegen Geheimnisverrats im Juni 1978 zu 8 Jahren Haft verurteilt: Dieses Strafmaß für die Wahrheit war insofern auch ein Kompliment für die damalige Qualität seines Buchs.

In Erwartung des Andauerns von solcherart Konflikten beschloß die Volkskammer im Juni 1979 im 3. Strafrechtsänderungsgesetz eine weitere Verschärfung des politischen Strafrechts. Die extensive Erweiterung von Spielräumen strafrechtlicher Würdigung unliebsamer Kontakte und Publikationen sollte die Einbindung von Willkür in ein rechtsstaatliches Kostüm gewährleisten. Egal, ob dies rechtsstaatliches Unrecht oder unrechtsstaatliches Recht genannt wird – Zweck dieses Gesetzes war die Effektivierung politischer Repression. Bemerkenswerterweise wurde der damals geschaffene Spielraum von den Herrschenden immer weniger genutzt: Die anwachsende unabhängige Friedens- und Menschenrechtsbewegung konnte im Verlaufe der achtziger Jahre mit solchen Instrumentarien nur noch mit sehr hohen „politischen Unkosten“ in den Griff genommen werden, und so verzichteten die Behörden immer häufiger auf die Anwendung von Gesetzen, die sie „von rechts wegen“ eigentlich anzuwenden verpflichtet gewesen wären. Diese merkwürdige Form von Rechtswidrigkeit fiel natürlich überall dort aus, wo unbeobachtet oder unwidersprochen abgestraft werden konnte. Immerhin trug dieses Strafrecht auch seinen Teil dazu bei, daß bis zum politischen Ende der DDR eine wirksame gemeinsame Praxis der parteioppositionellen Minderheit und der unabhängigen oppositionellen Bewegung nicht zustandekam.

8. *Das Versagen der SED-Reformer in den achtziger Jahren*

In den achtziger Jahren kulminierte die gesamtgesellschaftliche Krise zunächst in Ausreisewellen und zunehmenden kritischen Aktivitäten innerhalb und dann auch außerhalb der Friedensbewegung, die immer weniger mit polizeistaatlichen Mitteln eindämmbar waren. Die politische, moralische, ökologische und ökonomische Verwahrlosung wurde immer offensichtlicher, ohne daß die Impulse des Umbruchs in der Sowjetunion von den Herrschenden anders als mit panischen Abgrenzungsmanövern quittiert wurden.

In der immer mehr erstarrenden Politbürokratie gab es schon lange noch nicht einmal mehr die aus den fünfziger Jahren gewohnten, in Fraktionen auftretenden innerbürokratischen Rationalitätskonflikte. Die Ablösung des Politbüromitglieds Konrad Naumann im November 1985 kann als eine Parodie auf vergangene Auseinandersetzungen innerhalb der SED-Führungsspitze gewertet werden: Naumanns in der Pose der Arroganz der Macht vorgetragener allwissender Verriß der politbürokratischen Erfolgspropaganda und seine saloppen Zweifel am Wert der Arbeit willfähriger Kopflanger im Wissenschaftsbereich, präsentiert ausgerechnet in der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, wurden sofort vom Rektor Otto Reinhold beleidigt an das PB weitergereicht [StA SED J IV 2/2–2137]. Unter Ignorierung des durchaus rationalen Kerns solcherart Stunden der Wahrheit eines Mittäters bot Kurt Hager nach Naumanns Ablösung vor den Professoren und Dozenten der GeWi-Akademie ein geradezu zynisch zu nennendes Schaustück selbstzufriedener Beweihräucherung der SED-Politik in allen nur denkbaren Varianten. Postwendend rapportierte Reinhold in einer „Information über die Reaktionen der Mitarbeiter der Akademie für Gesellschaftswissenschaften auf die Erklärung des Politbüros zum Auftreten des Genossen Konrad Naumann“ namens der Mitarbeiter der Akademie die „große Befriedigung und volle Übereinstimmung damit, daß das Politbüro sich ohne Ansehen der Person gegen alle Versuche wendet, über die Politik der Partei, des Politbüros und des Generalsekretärs Zweifel zu säen.“ Eine gleichartige Ergebnisadresse trieb man von den Mitarbeitern der Berliner Bezirksleitung der SED ein [StA SED IV 2/1–642]. Die Sache war in ihrer Gänze für alle Beteiligten so peinlich, daß man sich in der Öffentlichkeit mit den bekannten gesundheitlichen Gründen dieser Ablösung behalf.

Eine ähnlich schäbige Vorstellung, diesmal allerdings ausschließlich auf Seiten der Platzhalter des „ML“, bot der Exorzismus gegenüber Wissenschaftlern um Peter Ruben an der AdW und der HU 1981: Für die Konstruktion geradezu abenteuerlicher Revisionismusbeweise machten sich eine ganze Reihe prominenter Gesellschaftswissenschaftler erbötig, wie eine umfängliche Dokumentation inzwischen belegt [Gefesselter Widerspruch – Die Affäre um Peter Ruben, Berlin 1991]. Der Skandal war selbst im Ausland hörbar und sorgte in einigen Fällen sowohl für die Verhinderung von Berufsverböten für aus der Partei ausgeschlossene Wissenschaftler als auch für die wachsende Distanz betroffener Wissenschaftler zur SED.

Die eskalierenden Widersprüche der DDR-Wirklichkeit und die immer offensichtlichere Unfähigkeit der Politbürokratie, diese Widersprüche überhaupt anerkennen, geschweige denn lösen zu wollen, ließen die Aktivitäten der unabhängigen Gruppen in der Friedens-, Ökologie- und Menschenrechtsbewegung immer mehr anwachsen. In dieser Bewegung waren auch eine ganze Anzahl früher in der SED organisierter und dann ausgeschlossener oder ausgetretener Personen aktiv. Mit zunehmendem Politisierungsgrad dieser zum Teil in

Freiräumen der Kirche aktiven Gruppen wurden in ihnen die ganze Palette von tabuisierten Fragestellungen aufgeworfen, welche die offizielle Parteipolitik vermied. Weil die alten Kriminalisierungsmuster auch aus der Sicht der Herrschenden als politisch immer weniger zweckmäßig erschienen, belegte die sich immer mehr intensivierende Überwachungsarbeit der Sicherheitsorgane indirekt, welchen Stellenwert man ihnen zuwies.

Unter den Wissenschaftlern mehrerer Institute der AdW und an der HU in Berlin sowie innerhalb offizieller Forschungsprojekte staatlichen oder partei-gebundenen Charakters aus Jena, Leipzig und Halle „konstituierten sich Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre um die Frage der Neubestimmung der Prinzipien des Sozialismus“ ein zunächst lockerer Kommunikationszusammenhang von sogenannten „Reformsozialisten“, die „zwischen 1985 und 1989 ein Konzept der Modernisierung des Sozialismus (entwickelten)“, [Rainer Land, Waren die Reformsozialisten verhinderte Sozialdemokraten?; Präsentation auf der Konferenz „Die real existierende postsozialistische Gesellschaft“, Potsdam, Dezember 1993, unredigierte Vorlage] Inzwischen gibt es Antworten auf die naheliegende Frage, warum die unabhängigen oppositionellen Gruppen und die Teilnehmer des SED-gebundenen reformsozialistischen Projekts keinerlei Verbindung hatten und nicht die mindeste Zusammenarbeit oder Abstimmung – auch keine konspirative – stattfand, obwohl gerade am linken Rand dieser Gruppen eine Auseinandersetzung mit den Konzepten der Reformsozialisten angestrebt wurde: So deutlich wie nie zuvor sind diese Gründe von Rainer Land in einem Beitrag auf obengenannten Konferenz auf den Begriff gebracht worden:

1. „Die Reformsozialisten gingen im Laufe ihrer politischen Sozialisation zumeist bewußt auf Distanz zu Politik und Praxis, weil sie auf diesen Feldern keine Möglichkeiten für eine Erneuerung der Gesellschaft oder des Sozialismus sahen.“
2. „Ihr politischer Diskurs zog keine scharfen und harten Grenzen zum offiziellen Selbstverständnis der SED.“
3. Im Verständnis der Reformsozialisten „(bedeutete) ‚Sozialismus‘ gerade nicht das Moment radikaler Gesellschaftskritik, die es im Kapitalismus und ... auch in der BRD bedeutete. ‚Sozialismus‘ codierte das Moment des Konsens und der Akzeptanz der vorgefundenen Verhältnisse und ihrer Vorgeschichte.“
4. Für die Reformer „beinhaltete ‚Sozialismus‘ aber auch die Option auf die Macht und den Anspruch der jüngeren Generation auf die Übernahme der Macht aus den Händen der Alten – unter Auslassung der Aufbaugeneration. ... Die machtgeleitete Re-Institutionalisierung von Marktwirtschaft, Kapitalverwertung, Parteiendemokratie und Rechtsstaat sollte den Westen bei der institutionellen Verankerung emanzipatorischer Prozesse sozusagen überholen. ... Wir glaubten auch, uns dabei mit jenen ‚evolutionistisch‘ zu

treffen, die einen emanzipatorischen Wandel der westlichen Gesellschaft betrieben, z. B. mit den Grünen oder linken Sozialdemokraten.“

5. „Die ganz versteckte Radikalität bestand darin, die Institutionen der Moderne sukzessive wieder einzuführen, zum Kapitalismus, zur parlamentarischen Demokratie, zum Verfassungs- und Rechtsstaat, zur Gewaltenteilung zurückzukehren, diese zum Angelpunkt einer Reform des Real-Sozialismus zu machen. ... nicht auf dem Wege einer Konterrevolution, sondern auf dem Wege einer Evolution der vorgefundenen sozialistischen Gesellschaft.“
6. „Die mit dem 'modernen Sozialismus' verbundene subtile Subversion war ganz und gar nicht kompatibel zur Macht- und Staatsferne, zum sich in der Kritik genügenden gestaltungsfernen Selbstverständnis und zum Anti-Evolutionismus der westdeutschen Linken.“
7. „... die Partei selbst sollte auch bei ihrer Aufhebung Subjekt bleiben, eine SED-externe Opposition war nicht gewollt, erschien als Behinderung. Ein positives Verhältnis zu den Bürgerrechtlern blieb von diesem Selbstverständnis her ausgeschlossen. ... Wir ... hielten deren Weg für gefährlich, weil die Machtfrage als Invariante für Reformen galt.“

Hier erübrigt sich eigentlich jeder Kommentar. Nur für jene, die angesichts der heute gewendeten Politik der Grünen und des Bündnis 90 als ihrem rechten Ostrand die Inhalte damaliger parteiunabhängiger Opposition in der DDR vergessen haben sollten, ist in Erinnerung zu rufen, daß ein institutionalisiertes Stellvertreterpolitik-Verständnis jedweder Couleur, ob nun als eines der SED oder der SPD, ebenso verpönt war wie der Standpunkt einer reflektierenden Avantgarde, ganz zu schweigen von den apologetischen Selbstregulations-Schwadronaden der Marktwirtschaftsanbeter. Der „konspirative Avantgardismus“, wie Land die Praxis der Gruppe glossiert, wurde als Bestandteil des kritischen, nicht aber des widerständigen Milieus akzeptiert. Die Einschätzung des modernen Kapitalismus als entwicklungs- und reformfähig stieß selbst dort, wo sie akzeptiert wurde, auf mehr Skepsis als auf Zustimmung, wenn sie als „Moderne-Horizont“ benutzt wurde. Darüber hinaus war Mißtrauen gegenüber solcherart Konvergenzdenken angesagt, denn dies kannte man schon aus den abgesonderten SED-offiziösen Spätpapieren zum Thema „Friedensfähigkeit des Kapitalismus“ und aus den heuchlerischen, die geplante Umbewertung des IWF vorbereitenden Akklamationen der SED-Wirtschaftsideologen.

Proteste gegen das Verbot des sowjetischen „Sputnik“-Digest im Jahre 1988 (wegen der dort publizierten historischen Exkurse zur Politik der Kommunistischen Internationale und der KPD) und noch mehr wegen der durch die mobilisierte parteiunabhängige Opposition als Fälschung nachgewiesenen Kommunalwahlen vom Mai 1989 erfassten auch immer breitere Teile der SED-Basis. Lageberichte des MfS konstatierten hinsichtlich der Proteste wegen des „Sputnik“-Verbots, daß es „kaum Meinungs- und Argumentati-

onsunterschiede bei sich äußernden Personen zwischen Mitgliedern der SED und Parteilosens“ gäbe und daß der Unmut eine „Vielzahl z. T. langjährige Mitglieder und Funktionäre der SED“ erfasse [BStU ZA – ZAIG, Nr. Z 4244]. Ein Material des MfS vom 11. September 1989 mit „Hinweise(n) auf beachtenswerte Reaktionen von Mitgliedern und Funktionären der SED zu einigen aktuellen Aspekten der Lage in der DDR und zum innerparteilichen Leben“ sprach von „angekündigten Austrittserklärungen aus der SED“ wegen „Nichtverständnis der ökonomischen Politik der Partei“ und „Ablehnung der Informationspolitik.“ Wegen „der wachsenden Tendenz unter den Werktätigen, die Partei- und Staatsführung für die entstandene Lage verantwortlich zu machen“, sei eine „scharfe Kritik von Mitgliedern und Funktionären der SED an der Arbeit der übergeordneten Parteileitungen“ zu konstatieren.“ Die „Abstempelung als Nörgler statt klarer Antworten auf Parteiversammlungen“ war natürlich die Folge der zuvor in Umlauf gesetzten berüchtigten innerparteilichen Information über den Umgang mit Kritikern [BStU ZA – ZAIG, Nr. 0/233].

Um so sensibler wurden die Umbruchssignale in der Opposition verarbeitet. Im „Böhlener Appell für eine Vereinigte Linke“ vom September 1989 wurde eine Koalition der Vernunft und des Realismus aller demokratischen Kräfte des Landes gegen den Stalinismus gefordert. Diese Aufforderung richtete sich ausdrücklich auch an die kritischen Teile der SED-Mitgliedschaft. Die zeitgleich entstandene erste breite Bürgerbewegung „Neues Forum“ forderte offen über das kirchliche Ghetto hinaus den gesamtgesellschaftlichen Dialog zur Erneuerung des Sozialismus. Die Massenausreise geriet zur Massenflucht über die ungarische Grenze und die gestürzten osteuropäischen BRD-Botschaften.

Die Rolle der Palastrevolutionäre um Krenz, Stoph, Tisch und Schabowski zu kommentieren, erübrigt sich auf Grund der bis heute vorliegenden Veröffentlichungen. Das Krisenmanagement der wankenden Politbürokratie wurde mit Krenz als Interims-Oberbürokraten zur Farce. Die Massendemonstrationen in Leipzig und Berlin forderten die Demokratisierung, noch ohne eine sozialistische Erneuerung in Frage zu stellen. Doch dies begann sich angesichts der anhaltenden Schaukelpolitik der SED und der halbherzigen Reformpolitik der Modrow-Regierung zunehmend zu ändern. Ein übriges tat das dilettantische Manöver der Grenzöffnung am 9. November. Das Ende der DDR war in Sichtweite.

Mit dem Zusammenbruch des Alleinherrschaftsanspruchs der SED-Politbürokratie diversifizierten sich auch die innerhalb der SED bis dahin erfolgreich unter Kontrolle gehaltenen verschiedenen Strömungen. Die Parteireformer des Projekts „moderner Sozialismus“ zerfielen in mehrere Gruppen. Eine Gruppe bemühte sich nach dem Scheitern ihrer Option auf die befreiende Selbstauflösung der stalinistischen SED zugunsten der Gründung mehrerer

inhaltlich-programmatisch unterscheidbarer Organisationen selbst vergeblich um die Gründung einer solchen. Die Anhänger dieser Tendenz kritisieren heute jene Vertreter der anderen Gruppe, die „in einer gänzlich paradoxen Handlungsfigur . . . die programmatische Hegemonie beim Umbau der SED zur PDS (eroberten).“ [Rainer Land, a. a. O.] Land schreibt über die „Einführung der Moderne in der gegenmodernen ehemaligen Staatspartei“: „Der Salto ist vollendet: Statt politischer Selbständigkeit Flucht in die alten vormundschaftlichen Bindungen, nur daß man selbst in die Rolle des Hegemons rückt. Die Reformsozialisten vollziehen an der PDS, was sie eigentlich auch an der DDR hätten vollziehen wollen, die Umbildung eines totalitären Systems in ein demokratisches – mit hegemonialen Mitteln.“ Land vermißt „in der PDS eine offensive Auseinandersetzung mit den bürokratischen Versuchen der Macht-Usurpation unter der Modrow-Regierung“ und „eine deutliche Auseinandersetzung um gegenmoderne Gesellschaftsvorstellungen anderer Fraktionen in der PDS.“ [Land, a. a. O.] Die andere Tendenz der Reformer, soweit Land für sie einsteht, bekennt inzwischen, das „politisch Wichtige am Projekt 'moderner Sozialismus' war nicht der 'Sozialismus', sondern das 'Moderne'“, und avisieren damit ihre universelle Verfügbarkeit auch bei der Modernisierung des real existierenden Kapitalismus.

Die Schiedskommission der PDS bemühte sich nach der Wende tapfer, den Berg an innerparteilichem Unrecht, den die SED hinterlassen hatte, abzuarbeiten. In dem Bemühen um „die Entscheidung über Anträge auf Rehabilitierung“ sowie in „der Auseinandersetzung mit ehemaligen Spitzenfunktionären der SED über ihre Verantwortung für die politische Krise in der DDR und in der Partei sowie der Behandlung von Einsprüchen gegen Parteiausschlüsse und andere Parteistrafen“ wurden eine große Anzahl von auch in dieser Arbeit genannten prominenten Mitgliedern der SED, aber auch viele einfache Mitglieder rehabilitiert und Parteistrafen aufgehoben sowie die meisten verantwortlichen Spitzenfunktionäre des SED-Politbüros und viele Mitglieder des ZK ausgeschlossen [Günther Wieland, Schiedskommission der PDS, Bericht über die Tätigkeit seit dem Außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989, o. Datum]. Die Rehabilitierungstätigkeit der Kommission umfaßte auch deutsche Kommunisten, die in der UdSSR Opfer Stalinscher Terrormaßnahmen wurden. „In ihrer Erklärung 'Die Tragödie deutscher Kommunisten in der Stalin-Ära' wertete die Zentrale Schiedskommission die Rehabilitierung dieser Genossinnen und Genossen als einen Prüfstein für das Selbstverständnis der PDS.“ Gleichfalls rehabilitierte die Schiedskommission die nach 1945 in Internierungslagern und Strafhaft umgekommenen Antifaschisten sowie eine Gruppe ehemaliger KPD-Funktionäre der BRD, die Anfang der fünfziger Jahre zur Vorbereitung eines stalinistischen Schauprozesses in die DDR gelockt und aus der Partei ausgestoßen wurden, wie den oben erwähnten ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden der KPD Kurt Müller und seinen Nachfolger

Fritz Sperling [Zentrale Schiedskommission, Bericht über die Tätigkeit der Zentralen Schiedskommission an den 2. Parteitag der PDS, o. Datum].

9. *Resümee*

Die Führung der SED verteidigte zu allen Zeiten konsequent ihr Monopol auf gesellschaftspolitische Zwecksetzung gegenüber allen anderen Institutionen, die potentiell ein Ort alternativer Ansätze hätten sein können. In diesem Sinne war die Richtlinienkompetenz der SED-Politbürokratie über die anderen Parteien hinaus auch in allen Massenorganisationen, Verbänden und im Staatsapparat gesichert. Nach den zum Teil terroristischen innerparteilichen Disziplinierungen und martialischen Abrechnungen mit „Abweichlern“ während der späten vierziger und in den fünfziger Jahren war die SED im zweiten Jahrzehnt des Bestehens der DDR weitgehend immunisiert von für die Parteiführung unberechenbaren Entwicklungen. So war der potentielle Raum oppositionellen politischen Agierens eindeutig bestimmt: Entweder mußten sich die Akteure streng konspirativ und damit illegal organisieren und konnten so gut wie überhaupt nicht darauf rechnen, mit ihren Alternativen ungestraft in die Öffentlichkeit zu treten, oder sie beschränkten sich darauf, innerhalb der legalen Organisationen Kerne nonkonformer Kommunikation zu installieren. Der Gefahr, auch hier immer an der Schwelle zur politischen Ächtung oder Kriminalisierung zu stehen, wurde meist mit einer lähmenden Gratwanderung zwischen scheinbarer Anpassung, echten Rückziehen oder resignierender Aufgabe begegnet. Insofern kann es nicht verwundern, daß in den sechziger Jahren lediglich Turbulenzen innerhalb der zugelassenen Organisationen und Disziplinierungen vermeintlicher oder tatsächlicher „Querdenker“ innerhalb der SED, des Staatsapparats oder direkt von ihr abhängiger Organisationen öffentlich wahrnehmbar wurden. Die Geschichte der niemals öffentlich gewordenen Repressionsakte außerhalb des Spektrums legaler Institutionen und die vielen Widerstandshandlungen einzelner wird wohl erst jetzt anhand von Zeitzeugen oder mit Hilfe inzwischen geöffneter Archive geschrieben werden können.

Doch wie konnte innerhalb der SED oppositionelles Denken Fuß fassen?

Eines der Stereotype, denen alle ehemals herrschenden Parteien stalinistischer Prägung folgten, war die rigide Abwehr selbstkritischer Reflexion eigener bisheriger Politik. Kurswechsel wurden immer mit abstrusen Legitimationen verbunden, deren Zweck mehr die Verschleierung der wirklichen Umstände solcher jähen Wendungen war als ihre Erhellung. Die Muster propagandistischer Bemäntelung waren stets die gleichen: „Verschwörungen des Klassenfeinds“ waren die Ursache für Rückschläge, sein Eindringen in die eigenen Reihen war der Grund für Säuberungen. Stets hielten Verweise auf den Feind dafür

her, sowohl die Allmacht des Apparats in der eigenen Partei zu reproduzieren als auch das Politikmonopol dieser Partei gegen jede Kritik zu immunisieren. Die einfache Wahrheit, daß draußen ein Feind steht, wurde selbst zum Feind jeder Erneuerung im Inneren gemacht, so daß der ärgste Feind all dessen, worauf die Mächtigen sich immer weniger zu Recht beriefen, schließlich in Gestalt des Parteiapparats sowie der zu seinem Instrument degradierten Partei entstehen konnte. Wer also innerhalb der SED und ihrer Gliederungen durch eigene Anstrengungen politischen Wandel zu bewirken hoffte, mußte sich erstens (meist durch Erfahrungen, deren konkrete Folgen solche Pläne dann ad absurdum führten) von der Illusion lösen, dies unter Aufrechterhaltung der verordneten Loyalität zum Parteiapparat tun zu können. Zum zweiten war Abstand zu nehmen von der Illusion, dieser Aufgabe als ideeller „Einzelkämpfer“ gewachsen zu sein, geschweige denn sie erfolgreich bewältigen zu können. Zum dritten war der Weg offener solidarischer Opposition von Gruppen dissidenter Parteimitglieder innerhalb der SED die gefährlichste Herausforderung für die herrschende Politbürokratie, was selbst diejenigen, welche diesen Schritt nie bewußt zu vollziehen wagten, zu spüren bekamen, wenn man sie entgegen den Tatsachen „parteifeindlicher Plattformbildungen“ zieh und verurteilte. So war also der Weg in die „Konspiration innerhalb der Partei“ für jene wenigen SED-Mitglieder vorprogrammiert, die in Kenntnis dieser politischen Randbedingungen darauf beharrten, Ernst zu machen mit dem Anspruch, innerhalb der Partei oppositionell zu arbeiten. Damit war zugleich die für sie geltende Gefährdungsschwelle zusätzlich noch durch den strafrechtlichen Vorwurf der staatsfeindlichen Verschwörung gesenkt. Die Tatsachen nicht nur der sechziger Jahre sprechen dagegen, daß solcherart Konspiration in relevantem Ausmaß stattfand.

Hier muß unmißverständlich ausgesprochen werden, welche Rolle die SED im Herrschaftssystem der Politbürokratie zu spielen hatte: Die Parteibürokratie unterschied sich nicht nur in Entstehung und Struktur, sondern auch in der Funktion von der „dienenden“ Bürokratie klassischen Zuschnitts, den „verstaatlichten“ oder „staatstragenden“ Parteien und Institutionen im Westen. Die eigentliche Funktion politbürokratischer Herrschaft bestand nicht einfach nur in der Bewahrung existierender gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern viel weitergehend in der Herstellung des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhangs selbst in Gestalt politbürokratischer Zwangsvergesellschaftung. Ihr Eigeninteresse in der Wahrung der Exklusivität dieser Aufgabe (Verteidigung ihres Monopols der Herstellung gesellschaftlicher Synthesis) kann von diesem ihrem „gesellschaftlichen Sinn“ nicht abstrahieren. Auch die konkrete Gestalt politbürokratischer Herrschaftstechniken (von der regelmäßigen Säuberung ihrer Apparate als Zwangsauslese nach Loyalitätskriterien, der terroristischen Disziplinierung der Bevölkerung bis zur Installierung von „Sozialverträgen“ mit dem bevormundeten Staatsvolk) konnte ebenso wie der Privilegiensumpf

nie als konstituierender Selbstzweck, sondern mußte als Mittel zur Verwirklichung dieses ihres Monopols der Gesellschaftsformierung selbst verstanden werden. Typisch für die konkreten Mechanismen solcherart Gesellschaftlichkeit war deshalb zum Beispiel auch die weitgehende Absorbition moderner zivilgesellschaftlicher (nominell „staatsfreier“) Strukturen, wie wir sie aus modernen bürgerlichen Ordnungen kennen, durch staatliche oder von der herrschenden Partei dominierte Apparate – selbst dann, wenn sie formal erhalten blieben. Das Ausmaß dieser meist unverblühten parteidominierten oder staatlichen Regulierung zivilgesellschaftlicher Bereiche signalisierte gerade in den poststalinistischen Politbürokratien viel mehr als der offene Terror die Art und Weise der Zwangsstrukturierung dieser Gesellschaften, in denen sowohl geltendes Recht als auch die herrschende Ideologie rein instrumentelle oder legitimierende Funktion verordneter Politik waren. Jedoch hatte etwa die Ideologie, obwohl vor allem der Legitimation dienend, durchaus Funktionen, die Politbürokratien von reinen Autokratien (in denen sich die mit oft terroristischen Mitteln Regierenden nicht um die „Meinungen“ ihrer Untertanen scheren) unterscheiden. Ihr entsprang nicht nur die Legitimation aktueller Politik in instrumentalisierter Form, sondern auch die Legitimation der Bürokratie selbst sollte hier in entpersonalisierter Form abgeleitet werden. Kodifiziert fand sich dieser Anspruch dann unter anderem im geltenden Recht wieder und konstituierte damit politbürokratische „Rechtsstaatlichkeit“. Die alltägliche Integration der Individuen (ihre Subsumtion unter die bestehende Gesellschaftlichkeit) durch die staatlichen und sonstigen Institutionen funktionierte viel komplexer, als sie in den Begriffen der Repression seitens des darauf spezialisierten Teils des Geheimdienstes oder der Disziplinierung seitens der politischen Justiz in der DDR reflektiert wird. Die Herrschaftstechniken in dieser Gesellschaft und die Unterschiede zu bürgerlichen Integrations- und Herrschaftsmustern lassen sich nur hinter den Begriffen politischer Selbstlegitimation einer Zwangsvergesellschaftung politbürokratischen Typs ausmachen.

10. *Anhang: Einige quantitative Aspekte von innerparteilicher Disziplinierung in den siebziger und achtziger Jahren*

Auf die Schwierigkeiten der Bewertung statistischen Materials ist bereits am Beginn des Abschnitts 2 verwiesen worden. Es wurde bei der Analyse der dem Autor zugänglichen Unterlagen der ZPKK für das PB auch deutlich, daß Matern (von 1949 bis 1971 Chef der ZPKK) und Mückenberger (ab Juni 1971 Materns Nachfolger) äußerst vorsichtig argumentierten, wenn sie vor dem PB die Zahlen zu interpretieren hatten. Dies spiegelt sich auch in den zum Teil politisch motivierten Änderungen der Deliktgruppennomenklatur und der

daraus erwachsenden Behinderung der Vergleichbarkeit wider. So werden die äußerst groben Kategorien, nach denen der Autor dieser Expertise Vergleichsrechnungen anzustellen in der Lage war, nur ein Bild des innerparteilichen Klimas erlauben und nur sehr begrenzt Rückschlüsse auf die Widerspruchs- oder Widerstandsbereitschaft in der SED zulassen.

Dem Autor der Expertise standen die ZPKK-Analysen von 1973, beraten in der ZK-Sekretariatssitzung vom 7.2.1974 [StA SED J IV 2/3–2118], des Jahres 1975, beraten auf der Sekretariatssitzung vom 7.1.1976 [StA SED J IV 2/3–2404], des Zeitraums 1.12.1975 bis 30.9.1976, beraten auf der Sekretariatssitzung vom 26.1.1977 [StA SED J IV 2/3–2548], des Jahres 1985, beraten auf der Sekretariatssitzung vom 8.1.1986 [StA SED J IV 2/3–3915] und des Jahres 1986, beraten auf der Sekretariatssitzung vom 21.1.1987 [StA SED J IV 2/3–4067], zur Verfügung. Dies gestattete mit Hilfe der in allen Berichten (mit Ausnahme des Berichts über das Jahr 1973) ebenfalls enthaltenen Referenzzahlen des jeweiligen Vorjahres, für die Jahre 1973–76 und 1984–86 einige auf eigenen Berechnungen beruhende quantitative Aussagen über die in dieser Expertise interessierende innerparteiliche, politisch motivierte Widerspruchs- oder Widerstandsbereitschaft zu machen.

Die Schwierigkeit bestand darin, alle Parteiverfahren mit Parteistrafen bzw. alle Parteiausschlüsse aus vermutlich nichtpolitischen Gründen oder unklarer Natur unberücksichtigt zu lassen. Dies war mit Hilfe der vorliegenden Statistiken nur unzureichend möglich und konnte nicht die Problematik der wirklichen Motivation bzw. der tatsächlichen Gründe, z. B. in Fällen von vielen mit der Begründung krimineller Vergehen bestrafte oppositionellen SED-Mitgliedern oder umgekehrt in Fällen tatsächlich krimineller Begründungszusammenhänge mit politischer Begründung bestrafte SED-Mitgliedern, aufklären.

Die angestellten Berechnungen schlossen Parteiausschlüsse wegen versuchter oder vollendeter Republikflucht bzw. Spionage oder Verrat von Staatsgeheimnissen aus der Kategorie „partei- oder staatsfeindlicher Handlungen“ ebenso aus wie Parteistrafen aufgrund der ganzen Palette nominell krimineller Delikte wie Unterschlagungen, Korruption usw..

Ergebnisse:

Im Jahre **1973** betrug der Anteil der **Parteiverfahren mit Parteistrafe oder Streichung** wegen partei- oder staatsfeindlicher Handlungen oder Störung der Einheit und Reinheit der Partei an allen **Parteiverfahren mit Parteistrafe oder Streichung** 11 %.

Nimmt man zu den betrachteten Kategorien noch die **Parteistrafen oder Streichung** wegen Verletzung der Parteinormen, der Partei- und Staatsdisziplin oder der revolutionären Wachsamkeit hinzu, so ergeben sich 43,6 %. In dieser

letzten Kategorie dürfte aber im Unterschied zu den ersten beiden betrachteten Kategorien die Mehrzahl der Delikte unpolitischer Natur gewesen sein.

Der Anteil der **Parteiausschlüsse** wegen Hetze, feindseligem Verhalten gegenüber der KPdSU oder Störung der Einheit und Reinheit der Partei an allen **Parteiausschlüssen** betrug 17,6 %.

Nimmt man zu den betrachteten Kategorien noch die **Parteiausschlüsse** wegen Verletzung der Parteinormen, der Partei- und Staatsdisziplin oder der revolutionären Wachsamkeit hinzu, so ergeben sich 37,9 %. In dieser letzten Kategorie dürfte aber im Unterschied zu den ersten beiden betrachteten Kategorien die Mehrzahl der Delikte unpolitischer Natur gewesen sein.

Im Jahre **1974** betrug der Anteil der **Parteiverfahren mit Parteistrafe oder Streichung** wegen partei- oder staatsfeindlicher Handlungen, Störung der Einheit und Reinheit der Partei, Verletzung der Parteinormen, der Partei- und Staatsdisziplin oder der revolutionären Wachsamkeit an allen **Parteiverfahren mit Parteistrafe oder Streichung** 41,5 %.

In der letzten der hier einberechneten Kategorie ist auch die Verletzung der Partei- und Staatsdisziplin implizit enthalten. Insgesamt dürfte in dieser letzten Kategorie aber im Unterschied zu den ersten beiden betrachteten Kategorien die Mehrzahl der Delikte unpolitischer Natur gewesen sein. Die Trennung war hier aufgrund der Statistik nicht möglich.

Der Anteil der **Parteiausschlüsse** wegen staatsfeindlicher oder antikommunistischer Hetze, Gruppenbildung oder Verletzung der Parteinormen, der revolutionären Wachsamkeit oder Störung der Einheit und Reinheit der Partei an allen **Parteiausschlüssen** betrug 45,48 %. In dieser letzten Kategorie dürften aber wegen ihrer ersten beiden Elemente im Unterschied zu den ersten beiden erfassten Kategorien viele Delikte unpolitischer Natur gewesen sein.

Im Jahre **1975** betrug der Anteil der **Parteiverfahren mit Parteistrafe oder Streichung** wegen partei- oder staatsfeindlicher Handlungen, Störung der Einheit und Reinheit der Partei an allen Parteiverfahren mit Parteistrafe oder Streichung 11,2 %.

Nimmt man zu den betrachteten Kategorien noch die **Parteistrafen oder Streichung** wegen Verletzung der Parteinormen oder der revolutionären Wachsamkeit hinzu, so ergeben sich 45,14 %. In dieser letzten Kategorie dürfte aber im Unterschied zu den ersten beiden betrachteten Kategorien die Mehrzahl der Delikte unpolitischer Natur gewesen sein.

Der Anteil der **Parteiausschlüsse** wegen Hetze, Gruppenbildung, Verletzung der Parteinormen, der revolutionären Wachsamkeit oder Störung der Einheit und Reinheit der Partei an allen **Parteiausschlüssen** betrug 48,76 %. In dieser letzten Kategorie dürfte aber wegen ihrer ersten beiden Elemente im Unterschied zu den ersten beiden betrachteten Kategorien die Mehrzahl der Delikte unpolitischer Natur gewesen sein.

Im Jahre **1976** (10 Monate) betrug der Anteil der **Parteiverfahren mit Parteistrafe oder Streichung** wegen partei- oder staatsfeindlicher Handlungen, Störung der Einheit und Reinheit der Partei an allen **Parteiverfahren mit Parteistrafe oder Streichung** 11,15 %.

Nimmt man zu den betrachteten Kategorien noch die **Parteistrafen oder Streichungen** wegen Verletzung der Parteinormen, der Partei- und Staatsdisziplin oder der revolutionären Wachsamkeit hinzu, so ergeben sich 45,26 %. In dieser letzten Kategorie dürfte aber im Unterschied zu den ersten beiden betrachteten Kategorien die Mehrzahl der Delikte unpolitischer Natur gewesen sein.

Der Anteil der **Parteiausschlüsse** wegen Hetze, feindseligem Verhalten gegenüber der KPdSU und dem proletarischen Internationalismus, Verletzung der Parteinormen, der Partei- und Staatsdisziplin, der revolutionären Wachsamkeit oder Störung der Einheit und Reinheit der Partei an allen **Parteiausschlüssen** ergab 49,88 %. In der letzten Kategorie dürfte aber wegen ihrer ersten drei Elemente im Unterschied zu den ersten beiden betrachteten Kategorien die Mehrzahl der Delikte unpolitischer Natur gewesen sein.

Im Jahre **1984** betrug der Anteil der **Parteiverfahren mit Parteistrafe ohne (!) Streichung** wegen partei- oder staatsfeindlicher Handlungen, Störung der Einheit und Reinheit der Partei an allen **Parteiverfahren mit Parteistrafe ohne Streichung** 21,41 %.

Dieser Prozentsatz betrug im Bereich des MfS 14,99 %, im Bereich des Ministeriums des Inneren (MdI) 30,5 % und im Bereich der Nationalen Volksarmee (NVA) 26,23 %.

Nimmt man zu den betrachteten Kategorien noch die **Parteistrafen ohne Streichung** wegen Verletzung der Parteinormen hinzu, so ergeben sich 74,56 %. In dieser letzten Kategorie dürfte aber die Mehrzahl der Delikte unpolitischer Natur gewesen sein.

Der Anteil der Parteistrafen wegen Verlassen des Klassenstandpunkts an allen Parteistrafen betrug 7,29 %

Der Anteil der Parteiausschlüsse wegen Verlassen des Klassenstandpunkts, Hetze, antisowjetischem und gegen den proletarischen Internationalismus gerichtetem Verhalten an allen Parteiausschlüssen betrug 17,48 %.

Im Jahre **1985** betrug der Anteil der **Parteiverfahren mit Parteistrafe ohne (!) Streichung** wegen partei- oder staatsfeindlicher Handlungen, Störung der Einheit und Reinheit der Partei an allen **Parteiverfahren mit Parteistrafe ohne Streichung** 18,95 %.

Dieser Prozentsatz betrug im Bereich des MfS 14,7 %, im Bereich des MdI 25,7 % und im Bereich der NVA 28 %.

Nimmt man zu den betrachteten Kategorien noch die **Parteistrafen ohne Streichung** wegen Verletzung der Parteinormen hinzu, so ergeben sich

75,72 %. In dieser letzten Kategorie dürfte aber die Mehrzahl der Delikte unpolitischer Natur gewesen sein.

Der Anteil der Parteistrafen wegen Verlassen des Klassenstandpunkts an allen Parteistrafen betrug 6,03 %

Der Anteil der Parteiausschlüsse wegen Verlassen des Klassenstandpunkts, Hetze, antisowjetischem und gegen den proletarischen Internationalismus gerichtetem Verhalten an allen Parteiausschlüssen ergab 13,59 %.

Im Jahre **1986** betrug der Anteil der **Parteiverfahren mit Parteistrafe ohne (!) Streichung** wegen partei- oder staatsfeindlicher Handlungen, Störung der Einheit und Reinheit der Partei an allen **Parteiverfahren mit Parteistrafe ohne Streichung** 19,5 %.

Dieser Prozentsatz betrug im Bereich des MfS 15,6 %, im Bereich des MdI 21,4 % und im Bereich der NVA 26,3 %.

Nimmt man zu den betrachteten Kategorien noch die **Parteistrafen ohne Streichung** wegen Verletzung der Parteinormen hinzu, so ergeben sich 75,79 %. In dieser letzten Kategorie dürfte aber die Mehrzahl der Delikte unpolitischer Natur gewesen sein.

Der Anteil der Parteistrafen wegen Verlassen des Klassenstandpunkts an allen Parteistrafen betrug 6,57 %

Der Anteil der Parteiausschlüsse wegen Verlassen des Klassenstandpunkts, Hetze, antisowjetischem und gegen den proletarischen Internationalismus gerichtetem Verhalten an allen Parteiausschlüssen ergab 11,91 %.